

FOEHN

12

INHALT: Die EG will Österreich / Heilmatkunde / Die Industrie
übernimmt die Macht / Geisel Mock / Der Griff nach Österreich
/ Was sagt die Geschichte? / Sind wir eine BRD-Filiale? / Was
ist los in Europa? / Mitteilung / Geziefer / FOEHN - Post

APRIL 1989 S 30.-

2. Auflage

INHALT

Die EG will Österreich	3
Heimatkunde	12
Die Industrie übernimmt die Macht	14
Geisel Mock	20
Der Griff nach Österreich	29
Was ist los in Europa?	45
Mitteilung gem. § 37 Abs. 1 und 2 Medieng.	55
Geziefer	57
FOEHN-Post	58

IMPRESSUM

Verleger, Herausgeber, Eigentümer: Markus Wilhelm, 6450 Sölden 88
Eigenvervielfältigung, Herstellungsort: Innsbruck
Linie der Zeitschrift: Zuspitzung
FOEHN / Peter-Mayr-Straße 3 / 6020 Innsbruck (Tel. 05222 57 32 12)
Preis des Einzelheftes: S 30,- / Vier-Hefte-Abonnement: S 120,- inkl.
Versand, Ausland: S 140,-
Keine Austausch-Abos.
Bankverbindung: PSK Kto.-Nr. 1635.089

Die EG will Österreich von Markus Wilhelm

Durch die dauernde Verleugnung bekommen die Tatsachen einen unerhörten Reiz. Die Anziehung des FOEHN macht nicht der FOEHN sondern machen die anderen Medien aus. Die Gewöhnung an die Umkehrung macht die Nichtumkehrung zur Sensation. Wenn er, was sie auf den Kopf gestellt haben, auf die Füße stellt, sieht es aus wie ein Wunder: Die EG will Österreich.

Die Wahrheit ist meistens sehr einfach, aber gut versteckt. Was hier steht, liebe Leserin, lieber Leser, hat mit der herrschenden Meinung, das heißt, mit der Meinung der Herrschenden, nichts zu tun. Es steht in offenem Widerspruch zu dem, was dir gesagt wird, aber es ist in Übereinstimmung mit dem, was du selbst erfahren kannst.

Wie in Österreich nicht Politik für Österreich gemacht wird, darum geht es schon wieder. Der wirtschaftliche Abverkauf ist ein Schulbeispiel. Jeder versteht es. Und die Politik des Anschlusses ist die geradlinige Fortsetzung der Politik des Ausverkaufs.

Die Tat-Sachen haben bekanntlich keine eigene Sprache, sondern werden immer nur vertreten und verleugnet in der Sprache jener, die sie verschulden. Aufgefressenwerden heißt "Beitritt", "Mitgliedschaft" ist das Wort für Auslöschung.

Österreich braucht keine "Annäherung". Wie kann für die Maus, mit der die Katzē Katz und Maus spielt, eine Annäherung ausschauen? Kann sie Mitglied dieser Katze werden?

Was Österreich braucht, ist ein Abbau der Abhängigkeit!

Wie die "Zusammenarbeit", die auch nach Meinung Grüner noch verstärkt werden soll, jetzt schon aussieht, wird vorgezeigt. Österreich ist am Untergehen. Wir brauchen einen Rettungsring. Sie werfen uns einen Mühlstein zu.

Ihre Antworten passen nicht zu unseren Fragen. Wir fragen gar nicht nach dem Wegfall der Zollformalitäten, sondern nach dem Wegfall der Wohnungsnot. Nicht nach der Beseitigung der Devisenbeschränkungen, sondern nach der Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Was kostet ein Vizekanzler? Wem gehört der Landeshauptmann? Solche Fragen stellen, heißt, die ganze Politik in Österreich in Frage stellen. Das heißt, daß solche Fragen sofort gestellt werden müssen.

Liebe Leserin, lieber Leser! Wie du lieber etwas Angenehmeres lesen würdest, würde ich lieber etwas Angenehmeres schreiben. Der Himmel ist blau z.B. Aber du kannst dich nicht heraushalten! Wenn du die Augen zudruckst, stößt du dich bereits an der Bettkante. Nimm das Heft in die Hand.

Sollte man diese Nummer nicht sofort verbieten? Sollte hier nicht wieder der Landeshauptmann einschreiten? Die Wahrheit wegen Verleumdung anzeigen und die Wirklichkeit wegen Kreditschädigung verklagen?

Für Feinspitze: Die betreffenden Passagen stehen auf den Seiten 11, 23, 47.

Was bisher geschah

Seit unser Land wieder unabhängig geworden ist, ist es wieder abhängig gemacht worden. Österreich wurde als Produktions- und Absatzkolonie eingerichtet. Heute arbeiten hier zwischen 370.000 und 420.000 Österreicherinnen und Österreicher in mehr als 3000 ausländisch beeinflussten Unternehmen.

Der österreichische Handel ist zu sechzig Prozent in ausländischer Hand, vom Versandhandel (Universal-Versand, Quelle, Moden Müller usw.) über den Lebensmittelhandel (Hofer, Metro, Löwa, Zielpunkt usw.) und Drogeriehandel (dm, Schlecker z.B.) bis zum Textilhandel (Adler, Quelle, Hettlage, C&A, Kleider Bauer usw.). Die österreichischen Regierungen seit 1955 haben Beihilfe dazu geleistet, daß ein Volk zu Konsumsklaven vor allem der BRD heruntergemacht worden ist.

Ein anderes Beispiel: 73 Prozent des Nominalkapitals der 68 in Österreich tätigen Versicherungen befinden sich von A bis Z, von Allianz bis Zürich Kosmos, in ausländischem Besitz. Von 21 Neuzulassungen zwischen 1970 und 1985 sind 18 Versicherungs-Gesellschaften überwiegend in deutscher Hand. (*Presse*, 31.7.1985)

Das ist alles nicht passiert, das war Inhalt der anti-österreichischen österreichischen Politik. Die Elektro- und Elektronikindustrie in Österreich gehört zu rund 65 Prozent dem Ausland (Siemens, Philips, Alcatel-ITT, AEG, ABB usw.). Dieses Volk arbeitet, um anderen Ländern Verkehrswege zu finanzieren, anderen Ländern Kraftwerke zu bauen, arbeitet, um die Gewinne des Auslandes zu mehren.

Der Skandal ist nicht, daß das ausländische Kapital Österreich räumen will. Der Skandal ist vielmehr, daß wir hier, in Wien, in Innsbruck usw., Regierungen haben, die *dem* Vorschub leisten. Die Papierindustrie unseres Landes, der in der letzten Zeit ein wahrer "Steuergeld-Segen für Investitionen" (*Presse* 5.11.1988) zuteil wurde, ist im vergangenen Jahr binnen weniger Wochen rausverkauft worden: 1. Die Papierfabriken Laakirchen (950 Arbeiter/innen) und Bunzl & Biach (750 Arbeiter/innen) wurden im Oktober mehrheitlich vom schwedischen Konzern SCA (Svenska Cellulosa Aktienbolaget) übernommen. 2. Die Papierfabrik Frantschach (1475 Arbeiter/innen), die im Besitze der amerikanischen (altösterreichischen) Familie Hartmann ist, hat den Großteil der Aktien der Neusiedler Papierfabrik (1210 Arbeiter/innen) und der Zellstofffabrik Pöls gekauft und ist damit der größte Papierhersteller in Österreich. 3. Die Leykam Papierfabrik der CA (3.020 Arbeiter/innen) wurde zur Hälfte an den holländischen NKP-Konzern abgegeben. 4. An der Papierfabrik Steyermühl (765 Arbeiter/innen) ist seit Sommer 1988 der deutsche Papierkonzern Haindl zu 20 Prozent beteiligt. 5. Die Halleiner Papierfabrik (1240 Arbeiter/innen) gehört schon länger zu 75 Prozent dem deutschen Papierkonzern PWA.

Tausende Arbeitsplätze wurden hier im Handumdrehen vom Ausland abhängig gemacht! Und von den Volksvertretern wurde nicht einmal gehüstelt.

Unsere Lebensgrundlage wird verschachert. Das ist in Prozentzahlen nicht auszudrücken. Um zu verstehen, was wird, muß man sehen, was ist. Untenstehend eine von uns selbst erstellte unvollständige Chronik des Ausverkaufs der direkt und indirekt Verstaatlichten Industrie seit 1980.

Österreich räumt

- * Die Lapp-Finze Eisenwarenfabrik AG der CA, die 1979 zu 51 Prozent an die deutsche Roto-Frank GmbH verkauft worden war, ging 1980 zur Gänze an diese über.
- * Die Hübner Vamag - Wien wurde 1980 an die amerikanische Firma Combustion Engineering verkauft. Sie wurde 1988 vom deutschen Pleitier Zieringer in den Konkurs getrieben (320 Arbeiter).
- * Die Spinnerei der Pottendorfer Textilwerke in Felixdorf wurde 1982 von der CA an die Schweizer Thyll-Gruppe verkauft.
- * Die dortige Weberei ging an die bundesdeutsche Familie Piduhn (Dortmund), der bereits die Spinnerei und Weberei Ebensee AG gehört.
- * Die Piltex Tapeten- und Textilwarenerzeugungs GmbH ging 1982 vollständig in den Besitz des bisherigen Hälfteigentümers Skandinaviska Jute Aktienbolag.
- * Die CA verkaufte 1983 den 26%-Anteil von Andritz an den Jenbacher Werken an den deutschen Staatsbürger Dr. Georg Zundel.
- * Die Mehrheit der Neudagarn GmbH ging an die schweizerische SWI AG.
- * Die verstaatlichte Siemens Austria wurde nach und nach an den Siemens Konzern verkauft. Die Republik Österreich hält heute nur noch 26%.
- * Semperit wurde 1985 (mit 250 Millionen Schilling Steuermitteln saniert) um 330 Millionen Schilling zu 75 % an die Continental Gummiwerke AG in Hannover verkauft - mit einer Zugabe von 950 Millionen Schilling Steuergeldern.
- * Die Kunststoffherzeugung Semperdur ging an ein Privatunternehmen, das 1986 von zwei bulgarischen Firmen übernommen wurde.
- * Die Semperit Tochtergesellschaft Interplastic wurde an den britischen Chemiekonzern ICI verkauft.
- * Die CA verkaufte 1986 einen Teil ihres 42-Prozent-Aktienbesitzes an der Wertheim AG (1.035 Arbeiter) in die Schweiz (Schindler AG, jetzt 59%).
- * Die Steyr-Wälzlager Ges.m.b.H. wurde (zu 75 %) dem schwedischen Kugellagererzeuger SKF verkauft, der 1100 Arbeitern sofort die Kündigung aussprach, um sie zu schlechteren Bedingungen (z.T. nur befristet) wieder anzustellen.
- * Die CA hat die Mehrheitsbeteiligung an der Maschinenfabrik Heid (Drehmaschinenbereich) an den deutschen Rothenberger-Konzern verkauft (kommt durch Kapitalaufstockung auf 75%; 350 Arbeiter). Vorherige Sanierung der Heid AG durch 550 Mio. Schilling Bundesmittel.
- * Die Sparte Antriebstechnik der Heid AG wurde an den deutschen Grupp-Konzern verkauft.
- * Die Sparte Agrartechnik der Heid AG ging an den deutschen Unternehmer Hans J. Gaede (der vermutlich im Auftrag einer US-Firma kaufte).
- * Die Austria-Haustechnik (Nachfolger von Bauknecht) wurde zu 51 % an den deutschen Rothenberger-Konzern und zu 49% an die schweizerische Finanzierungsgesellschaft Bartsch verkauft. Bund und Land Steiermark haben noch 150 Millionen Schilling hinterhergeworfen.
- * Das Stölzle-Werk in Bärnbach und das Stölzle Werk in Köflach wurden von der CA an die deutsche Firma Grupp verkauft.
- * Das Stölzle-Werk der CA in Pöchlarn wurde an die schweizerische Vetropack-Gruppe verkauft.

- * Das Stölzle-Werk der CA in Nagelberg gehört heute der Voith-Gruppe.
- * Die Maschinenfabrik Andritz der CA wird 1987 mehrheitlich der AGIV Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen (im Besitz von Berliner Handelsbank und Frankfurter Bank) verkauft. (Sanierung mit 3,8 Mrd. S Bundesmitteln; Androsch: "Man muß die Braut zuerst schmücken."; 1.440 Arbeitsplätze vernichtet)
- * Die Zweiradproduktion von Steyr-Daimler-Puch wurde an den italienischen Zweiradproduzenten Piaggio verkauft.
- * Die VÖEST verkauft 1987 die VÖEST Alpine Hebeteknik und Brückenbau AG (400 Arbeiter) an den deutschen Pleitler Zieringer. Dafür muß die Regierung ein Bundesgesetz ändern. Zieringer schickt den Betrieb in Konkurs und ist seitdem flüchtig.
- * Die CA verkauft den Steyr-Kromag-Betrieb Interhydraulic an die schwedische Firma SMZ.
- * Die AMAG verkauft 1988 50% an der Buntmetall Amstetten an die deutsche Kabel-Metall, 50% an der Austria Sekundär-Aluminium an die deutsche Sommer-Gruppe und 50% an der Austria Alu-Guß an den amerikanischen Alukonzern Reynolds.
- * Das Schweißrohrwerk der VÖEST in Krieglach (200 Arbeiter) wurde (1988) an den bayerischen Schweißrohrhersteller Bauer verkauft.
- * Die Mehrheitsanteile des Werksbereiches Präzisionsrohrtechnik in Krieglach wird 1988 von der deutschen Firma Reiche/Rotec übernommen.
- * Die aus der staatlichen Bleiberger Bergwerks-Union AG ausgegliederte BBU Metalle Ges.m.b.H. (200 Arbeiter) wird 1988 zu 51% von der Deutschen Metallgesellschaft übernommen.
- * Steyr (22%) und die CA (3%) geben 1988 25% der Imperial-Hotelkette (Imperial und Bristol in Wien, Goldener Hirsch in Sbg. und Europa in Ibk.) an die Ciga-Gruppe von Aga Khan ab.
- * Das Gußwerk II von Steyr Daimler Puch (in Steyr) wird 1988 von der deutschen Leon-Rot Gießerei übernommen (250 Arbeiter).
- * Die Chemie-Linz-Tochter Leopold & Co. (250 Arbeiter) wird 1988 an BASF verkauft.
- * Die CA verkauft 1988 das letzte Stölzle-Werk, den Betrieb in Köflach (480 Arbeiter), an den Deutschen Cornelius Grupp.
- * Die VÖEST gibt 1988 ihren Mehrheitsanteil an der Voest Alpine Glas GesmbH (160 Arbeiter) an die deutsche Flachglas GesmbH ab.
- * Die zur CA gehörenden Jenbacher Werke verkaufen 1989 die Intropa AG ("eine der bedeutendsten heimischen Baumaschinenhandlungen", >Presse<, 17.1.1989) an die Schweizer Rolba AG.

Nach der Schwerindustrie, der Maschinen- und Elektroindustrie sind die Banken dran. "Bereits jetzt suchen laut Informationen aus dem Bankensektor sechs europäische Großbanken einen Standort in Salzburg." (*Presse*, 20.7.1988) "Ein Sprecher der Bayerischen Vereinsbank sagte, die bestehenden Beteiligungen (an den österreichischen Häusern Oberbank und BTV, Anm.) würden >auf Dauer nicht ausreichen<." (*TT*, 12.1.1989) "Zu erwarten sei", gibt der *Standard* (15.12.1988) den Wifo-Chef Kramer wieder, "daß ein deutsches Institut mit großer Kriegskasse sich eines der Institute schnappe und damit Einfluß auf die heimische Wirtschaft gewinne."

Das Bankhaus Rössler AG wurde (1989) von der Ersten österreichischen Spar-Casse an die Continental Industries Co. verkauft. Eine japanische Versiche-

rung (Sumitomo Life Insurance Co.) und eine japanische Vermögensverwaltungsgesellschaft (Mitsubishi Trust & Bankings Corp.) haben 1988 fünf Prozent der Creditanstalt-BV übernommen.

Andere Länder mögen Waren exportieren - Österreich exportiert Betriebe. Was an Staatsbetrieben nicht direkt dem Ausland, vornehmlich Deutschland übergeben worden ist, ist unter die Kontrolle des Auslandes, vornehmlich Deutschlands gebracht worden. Als Generaldirektor der VÖEST wurde der Chef der deutschen Mobil Oil, Herbert Lewinsky, geholt. Als Chef der Stahl-



Für ausländische Unternehmer ein gutes Gefühl, sich einen österreichischen Betrieb geangelt zu haben.

Holding der ÖIAG (VÖEST, Alpine, Boehler) wurde der Direktor der deutschen Klöckner-Werke AG, Ludwig von Bogdandy, geholt. Als Steyr-Chef wurde der Vorstandsdirektor des deutschen Lkw-Herstellers MAN, Otto Voisard, geholt. An die Spitze des Aufsichtsrates der ÖIAG (Vizepräsident) wurde der Präsident der Deutschen Handelskammer in Österreich, das Vorstandsmitglied der Volkswagen-Werke AG, Horst Münzner, geholt. In den Aufsichtsrat der Stahlholding der ÖIAG wurde der frühere Vorstandsdirektor der deutschen Krupp Stahl AG, Alfred Randak, geholt. Usw.

Der Ausverkauf Österreichs setzt das sich hier einkaufende Auslandskapital in den Stand, den ganzen Anschluß zu fordern. Die fatale bisherige anti-österreichische Politik führt geradewegs zur Abschaffung Österreichs.

Die Herren gehen mit den Knechten um wie Herren mit Knechten umgehen

Und wie geht dieses von sich aus nach Österreich hereindringende, aber dennoch kniefälligst hereingebettelte ausländische Kapital um mit unserem Land?

Die Konzerne reißen der Regierung Milliarden Schillinge heraus, und sie steckt dieses Geld, das sie von uns bekommen hat, um es für uns auszugeben, denen hinten und vorne hinein. Da hat die Liebherr AG immer noch nicht so viele Arbeiter, wie sie beim Einstreifen der Subventionen versprochen hat, und da produziert General Motors mit 300 Arbeitern weniger (als für die Schenkung von Grundstücken und drei Milliarden in bar schriftlich zugesagt) um dreißig Prozent mehr als geplant. Da dürfen Konzerne legale Betriebsversammlungen verhindern und deren Initiatoren mit der Begründung "Schwerer Bruch des Arbeitsfriedens" aus dem Betrieb schmeißen (z.B. Löwa in Wien, Juli 1988), und die Regierung reicht dafür noch das österreichische Staatswappen nach (1988 an Löwa). Da dürfen ungestraft Arbeiter terrorisiert werden: "Wenn zehn Leute an einer Sache arbeiten und jeder leistet 97 Prozent, fehlen dem Endprodukt immerhin 30 Prozent. Diese Differenz kostet einem Unternehmen seine Konkurrenzfähigkeit!" (Aus 30 Promille werden 30 Prozent - wörtlich in *General Motors intern* 1/88.) Wenn die deutsche Sportartikelfirma adidas von der österreichischen Regierung Importbeschränkungen für Konkurrenzprodukte fordert und diese solche nicht erläßt, beantwortet adidas das mit der Schließung der Produktionsbetriebe in Oberösterreich und der Steiermark und der Halbierung der Arbeitsplätze in Kärnten (zus. 550 Arbeiter). Wenn eine Firma wie Osram ihre Produktion in den noch billigeren Fernen Osten verlegt, darf sie die arbeitslos Gemachten noch öffentlich verhöhnen. "Rund 20 Arbeitskräften hat Osram auch angeboten, in ein neugegründetes Werk in Korea zu übersiedeln." (*Kurier*, 19.10.1987) Wenn wie 1982 die deutsche Daimler-Benz AG droht, die Zulieferungen aus Österreich einzustellen, falls nicht auch die teuren Mercedes-Modelle als Firmenautos steuerlich gefördert werden, beschließt der österreichische Nationalrat umgehend die gewünschte Gesetzesänderung. Wenn wie 1981 die Erdölmultis die Freigabe der Treibstoffpreise in Österreich fordern und die Regierung zögert, wird mitten in der Sommersaison eine Benzinknappheit inszeniert und die Regierung zum Nachgeben gezwungen.

Mit der Auslieferung wesentlicher Bereiche der Wirtschaft an das Ausland haben die Regierungen Österreichs Österreich nach Strich und Faden erpreßbar gemacht. Die in Österreich erzielten Gewinne werden ins Ausland verschoben, die Arbeitsplätze jener, die sie erarbeitet haben, sind noch weit unsicherer als die bei heimischen Unternehmen. Wurden dort zwischen 1978 und 1983 7,6 % der bestehenden Arbeiter arbeitslos gemacht, so wurde in den auslandsabhängigen Betrieben 17,3 % der Arbeiter ihre Arbeit wieder weggenommen.

Wie multinationale Betriebe ihre hier gemachten Gewinne legal transferieren? Die ausländische Zentrale verkauft an ihre österreichische Zweigfirma Vormaterialien zu überhöhten Preisen, und dieser "österreichische" Fertigungsbetrieb verkauft das Produkt zu einem zu niedrigen Preis an die Zentrale im Ausland. Zum Beispiel.

Zuliefern heißt ausliefern

Die Politik für das Ausland, die in Österreich betrieben wird, hat viele kleine und mittlere Gewerbe- und Industriebetriebe in die völlige Abhängigkeit von ausländischen Abnehmern getrieben. An die dreihundert Firmen haben sich in Österreich allein als Kfz-Zulieferanten vor allem deutschen Automobilkonzernen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Als die Ford Werke AG in Köln im Sommer 1988 ein Zuliefer-Meeting ansagt, bewerben sich 74 Erzeugerfirmen aus Österreich. Auch Steyr-Daimler-Puch ist schon zu einem Komponenten-Zulieferer für Opel und Mazda heruntersaniert worden. Dasselbe Schicksal ist Teilen der VÖEST Alpine (Auspuffanlagen, Auspuffrohre, Windschutzscheiben, Bleche u.a.) zgedacht.

Die Demolierung der österreichischen Nationalindustrie, die der westeuropäischen Grundstoffindustrie immer schon im Wege war, hat hier Raum geschaffen für das, was das große ausländische Kapital von uns will. Kein kleiner Teil der Werkbänke für Österreich, an denen billige österreichische Arbeiter Autoteile herstellen, gehört ausländischen, meist deutschen Zulieferbetrieben (Fichtel & Sachs, Naue und Naue, TRW Repa, Kaco, RKW, Blau, Aalflex, Dekalin, Dräxlmaier u.a.m.). Zigtausend Arbeitsplätze in Österreich hängen hier voll und ganz von der Konjunktur in der BRD ab. Im Jargon derer, die die Aufgabe haben, uns das Denken zu nehmen, heißt das dann "Exportstärke".

Durch die neuen österreichischen Steuerbestimmungen bezüglich Dienstautos, die auch privat genutzt werden, fürchtet die deutsche Automobilindustrie "erhebliche Absatzrückgänge bei den hochpreisigen Modellen". Sie fordert von Lacina "eine Reform der Reform". "In ihrem Schreiben weisen die deutschen Autohersteller darauf hin, daß ihnen eine Änderung der Bestimmungen ein ernstes Anliegen sei und man unter Umständen eine Änderung der Zulieferpolitik >überdenken< müsse." (*Standard*, 26.1.1989) Wie halt der Herr mit dem Knecht umgeht.

Von der anti-österreichischen Bundesregierung

Noch ein Beweisstück dafür, daß wir beim besten Willen nicht für Österreich arbeiten können, weil die Regierungen auch und besonders von Kreisky bis Vranitzky nicht für Österreich arbeiten. Drei Beispiele dafür, wie man Betriebe, die vom Ausland begehrt wurden, herunterputzen und das ganze Volk gegen sie aufhetzen mußte, um sie ausländischen Konzernen aushändigen zu

können, wo sie simsalabim Riesengewinne abwerfen:

1. Die Semperit Reifen AG, die vor dem Verkauf von 75% an die deutsche Continental AG (mit 250 Millionen) und auch noch nachher (mit 500 Millionen) aus dem österreichischen Budget saniert wurde und auch noch im folgenden (mit 440 Millionen Schilling) saniert wird, erlebt jetzt, da der Eigentümer stimmt, "einen Gewinnsprung um 62,2 Prozent" (*Presse*, 4.5.1988).
2. Unter dem Druck einer über alle Medien des Landes betriebenen Negativkampagne sondergleichen wurde die VÖEST gezwungen, ihr Stahl-Werk Bayou in den USA um eine vergleichsweise lächerliche Milliarde Schilling zu verkaufen. Seltsamerweise wirft das technologisch hervorragende und absolut konkurrenzfähige Werk gleich nach Übernahme durch die amerikanische RSR-Gruppe einen Halbjahres-Reingewinn von 170 Millionen Schilling ab. (*Kronenzeitung*, 13.8.1988)
3. Das Puch-Zweiradwerk in Graz mußte schlecht gemacht werden, um es zusperrern und Inventar, Markennamen und Patente dem italienischen Konkurrenten Piaggio (Vespa, Bianchi) zuschanzen zu können. Seit Mitte 1987 werden die Puch-Mopeds (mit der Weltneuheit des Katalysators) nun in Pontedera bei Pisa und die Puch-Fahrräder in der Nähe von Mailand erzeugt. Der Jahresumsatz allein in Österreich, wo bereits im Jänner 1988 jedes zweite gekaufte Moped ein Puch-Moped - noch wenige Monate zuvor als unverkäuflich verschrieen - war, soll von 250 Millionen Schilling auf 450 Millionen Schilling gesteigert werden (*Oberösterreichische Nachrichten*, 7.3.1988).

So wird Österreich im Ausland feilgeboten

Die Regierung Kreisky hat eine "Industriearnsiedlungsgesellschaft" (ICD) gegründet, deren Auftrag es ist, das Auslandskapital, das unaufhaltsam nach Österreich drängt, nach Österreich zu bitten. Sie bietet unser! Land samt Investitionsprämien und Investitionszuschüssen, Leasingförderungen und Zinsstützungen jenen internationalen Konzernen an, die sich wegen der niedrigen Löhne und der hohen Produktivität auf Österreich stürzen. Dem früheren Direktor des österreichischen Zweigwerks des General-Motors-Konzerns, dem die Regierung Kreisky einen gigantischen Fertigungsbetrieb auf die grüne Wiese gestellt hat, wurde, da im Herausreißen von Milliarden von Schillingen geübt, das Hinausschmeißen von Milliarden von Schillingen übertragen. Gerald Glenn, so heißt er, ist Chef der vom Staat bezahlten Ausverkauf-Gesellschaft. Und so spricht er: "Ein Freund von mir besitzt in Österreich eine Fabrik. Der bekommt da, erzählt er, deutsche Qualität zu irischen Preisen." (*Profil*, 27.10.1988)

Österreich wird, so das *Profil*, von dieser Sorte Österreichern bei entsprechenden Vorstellungen etwa in Deutschland angeboten als "eine billige, willige Negerpflanzung wie einst Deutsch-Südwestafrika, nur nicht so weit entfernt". "Für in- und ausländische Unternehmer", sagt der mitgebrachte Wiener Steuerberater, "ist Österreich ein Steuerparadies." "Ihre Steuerbelastung als Arbeitge-

ber in Österreich wird zwischen 10 und 20 Prozent liegen. Mehr kommt in der Praxis kaum vor." "Die österreichischen Finanzbehörden sind im Vergleich zu den deutschen relativ großzügig." "Exakte Prüfungen Ihrer Verrechnung wie hier in Deutschland sind nicht üblich." "Die Gewinne können Sie problemlos dorthin transferieren, wo sie erwünscht sind." (Alle Zitate aus *Profil*)

Mit dieser Feilbietung in der Art eines Zuhälters wetteifern noch die Landesregierungen, die - steirisches Selbstbewußtsein hin, Tiroler Stolz her - Steiermark und Steirer, Tirol und Tiroler so anpreisen, daß jeder Eindruck, der nicht der einer Auslieferung des Inlandes an das Ausland ist, der falsche sein muß. Tirol, das im Dreck des Durchzugverkehrs krepirt, buhlt in großen deutschen Zeitschriften mit "guten Verkehrsverbindungen" um Industrielle, die sich hier niederlassen wollen, mit "günstigen Produktionskosten" und "guter Exportfinanzierung". Da werden Unternehmen des Auslands, in dessen Abhängigkeit wir gedrängt wurden, "vierzigprozentige Investitionsprämien" und "Sonderförderungsprogramme" dafür offeriert, daß sie uns noch ein Stückchen mehr abhängig machen. Für die Regierung des Bundeslandes Wien gilt bezüglich Betriebsansiedlungen: "Wichtigstes Hoffnungsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland, in der konkrete Werbeaktivitäten laufen." R. Wolfering, Direktor des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds: "Wir haben ein Schwerpunktprogramm Bundesrepublik." (*Börsen-Kurier*, 3.10.1985) Die Steiermark keilt in bunten Prospekten mit "hoher Produktivität" und "mobilen Arbeitskräften" Unternehmer, die bereit sind, Billigstarbeiter für sich arbeiten zu lassen, wobei in besonderen Fällen siebenjährige Steuerfreiheit und 200.000 Schilling Prämie pro Arbeitsplatz garantiert werden (*Wiener Zeitung*, 1.7.1987). Als eine steirische Delegation in Nordrhein-Westfalen deutsche Unternehmer anwerben ging, tat sie dies unter anderem mit dem Hinweis auf die "geringe Streiklust" der Steirer. Zu vergleichen sind diese mit öffentlichen Geldern betriebenen Ausverkaufsschlachten nur mit den Anbiederungspraktiken der "Dritte-Welt"-Länder an die Multis. Als die mächtige Deutsche Bank einmal eine Pressekonferenz in Frankfurt zum Thema Betriebsgründung bot, wurden dort die Standortvorteile eines solchen Landes für Industrieansiedlungen herausgestrichen: "Dazu gehören freistehendes Arbeitskräftepotential, niedriges Lohnniveau, hervorragendes Arbeitsklima aufgrund der gut funktionierenden Sozialpartnerschaft, die teilweise Übernahme der Einschulungskosten, günstiges Zinsniveau durch Investitionsförderungen, preiswerte Industriegrundstücke bzw. leerstehende Betriebsobjekte" usw. Das Land liegt nicht in Afrika, sondern in Österreich. Es heißt Kärnten. Der Bericht "Kärnten in Deutschland: Investieren bei Freunden" ist nachzulesen in der *Kleinen Zeitung* vom 21.4.1983.

Durch die Steuerreform in Österreich, die den Reichen viel und den Armen wenig bringt, werden laut deutschem *Handelsblatt* vom 17.5.1988 "Ausländer-Investitionen attraktiver". "Experten erwarten dadurch ab 1989 eine verstärkte Ansiedlung ausländischer Investoren in Österreich." "Allein mit Firmen aus der BRD werden (von der ICD) momentan rund 20 Projekte verhandelt." (*Standard*, 28.12.1988)

Heimatkunde

Die Auslieferung ganzer Talschaften an den FV hat die Lebensgrundlagen Hunderttausender vom Ausland abhängig gemacht. Die Kraftwerkspolitik, die jahrzehntelang darin bestand, für bundesdeutsche E-Konzerne mit bundesdeutschem und schweizerischem Bankkapital Stromfabriken in unsere Hintertäler zu klotzen, hat uns die Selbständigkeit auch auf diesem Gebiet gekostet. (Ausführlich dazu in FOEHN 10/11.) Durch die Anhängung ans bayerische Gasnetz, von München gefordert und von den Statthaltern in Innsbruck untätigst ausgeführt, kann weiten Teilen des Unterlandes jederzeit vom Ausland aus der Hahn zugedreht werden.

Das Blatt der Tiroler Handelskammer, deren Aufgabe immer weniger die Vertretung ihrer beitragspflichtigen Tiroler Mitglieder und immer mehr die Regionalvertretung der bayerischen Industrie- und Handelskammer ist, schreibt in einem Leitartikel: "Ausländische Großkonzerne haben nicht die Absicht, gut arbeitende Tiroler Klein- und Mittelbetriebe aufzukaufen. Sie brauchen diese vielmehr wie schon bisher als höchst innovative und flexible Zulieferer." (*Tirols Wirtschaft*, 11.6.1988) Dieser Kammerfunktionärsklüngel, der nachweisbar in vielen Belangen antiösterreichische Interessen vertritt, will damit den Widerstand der kleinen Gewerbetreibenden gegen die grenzenlose Auslieferung an "EG"-Interessen brechen und macht ungewollt deutlich, wie weite Teile der Tiroler Wirtschaft jetzt schon dem Diktat des Auslandes unterstehen. Nach den Worten eines Vertreters der Arbeiterkammer, die buchstäblich nichts tut gegen die Unterordnung der Tiroler Wirtschaft unter die bundesdeutsche, ergänzt: "Vielfach handelt es sich um Zulieferungen an große Industriebetriebe, die sich das niedrige Lohnniveau in Tirol zunutze machen." (*Wochenpresse*, 23.9.1988)

Der Landeshauptmann, als er noch Wallnöfer hieß, hat gemeint, daß es ihm schon recht sei, wenn deutsche Betriebe, mittlere und auch etwas größere, sich in Tirol ansiedelten. Außerdem beruhe das ja auf Gegenseitigkeit. "Es arbeiten ja auch viele Tiroler bei Mercedes in Sindelfingen zum Beispiel." (*Österreich-Bild-am-Sonntag*, 27.10.1985) Das Gegengewicht zu den im Ausland fürs Ausland arbeitenden Tirolern besteht also darin, daß auch im Inland Tiroler fürs Ausland arbeiten. Daß unter so einem willfähigen Dienstling sich ausländisches Kapital wichtige Teile der Tiroler Wirtschaft aneignen konnte, versteht sich.

Beispiel Textilindustrie: Ein großer Teil der Aktien an der Tiroler Loden AG gehört heute der deutschen >dm<-Drogeriemarktkette. Die beiden >Anita<-Miederwerke in Osttirol und im Unterinntal sind ebenso in bundesdeutschem Besitz wie die Seidensticker-Fabrik (300 Arbeiter/innen) in Innsbruck und ebenso wie die Balingen Textilwerke in Nasserreith (54 Arbeiter/innen) und ebenso wie die Firma Oehme in Jenbach (100 Arbeiter/innen) und ebenso wie die Kleiderfabrik Widudress in Innsbruck und ebenso wie die Bekleidungs-

werke Kramsach und ebenso wie die Strickwarenfabrik Krawinkel in Kufstein und viele andere mehr. Der Textilbetrieb in Landeck ist eine Filiale der schweizerischen TAG Textilgesellschaft m.b.H., die Weberei in Telfs, die Spinnerei in Matrei, die Textilwerke Reutte und die Firma Polyfill in Absam (zusammen 400 Arbeiter/innen) gehören jetzt allesamt zur Schweizer Thyll-Gruppe.

Was ist mit den großen Betrieben Tirols? Wenn man länger hinsieht, sieht man an jedem Eck einen ausländischen Betrieb. An den Tiroler Röhrenwerken haben die deutsche Buderus AG und die deutsche Halbergerhütte beträchtliche Anteile, und die Jenbacher-Werke sind ebenfalls zu mindestens 26 % direkt in deutscher Hand. Die Tiroler Magnesit AG Hochfilzen gehört Amerikanern und die Biochemie in Kundl (1600 Arbeiterinnen und Arbeiter) dem Schweizer Sandoz-Konzern. AL-KO Kober im Zillertal hat deutsche Besitzer wie EGO-Austria in Heinfels. An der BRAU AG Innsbruck haben der deutsche Familienkonzern Oetker und die Münchner Allianz-Versicherung Besitzanteile. Euroclima in Sillian gehört zum italienischen Industriekomplex Schmidhammer, während die Gewinne der Donau-Chemie in Landeck hauptsächlich in französische Kassen fließen. Die Arbeiter im Perlmooser Zementwerk in Kirchbichl arbeiten ein Drittel des Jahres für eine Zürcher Gesellschaft und einige Wochen zudem für die schweizerische Holderbank Financiere Glarus AG und die 300 in den Tirolia-Werken in Schwaz für den deutschen Blomberg-Konzern. Die Entscheidungen für die Liebherr-Werke in Lienz und Telfs werden von deren in der Schweiz ansässigen deutschem Besitzer getroffen. Die 135 Teeverarbeiterinnen der Firma Milford in Hall arbeiten für die deutsche Unternehmerfamilie Spethmann. Die Beton- und Monierbau GesmbH in Innsbruck läßt 500 Arbeiter für die Dortmunder Deilmann-Haniel GesmbH arbeiten. Um mit der Aufzählung der industriellen Betriebe in ausländischer Hand aufzuhören, vor die Liste der ausländischen Unternehmen in Tirol zu Ende ist: im Schwarzkopf-Werk in Kematen (250 Arbeiter/innen) wird auch für deutsches Kapital (Hoechst AG) gearbeitet.

Wer an den Stadtrand der Landeshauptstadt zum Einkaufen fährt, kommt nicht vorbei am >Deutschen Einkaufs-Zentrum< (dez) und am Metro, an Quelle, Hettlage, Hofer, Bauhaus usw. Was an Tiroler Grund und Boden nicht mehr Tiroler Grund und Boden ist, darüber ein andermal. Wie weit am Tiroler Fremdenverkehr ausländisches Kapital mitschneidet, kann man im FOEHN 6 nachlesen.

Daß die Firma Swarovski, der größte Betrieb Tirols, seine Konten in der Schweiz eingerichtet hat, also ein Steuerflüchtling ist, und damit einem ausländischen Konzern vergleichbar, sei nur noch schnell dazugefügt. Partl, also das, was wir als Landeshauptmann haben, deklamiert in einem geschraubten Tonfall (als gelte es, darauf stolz zu sein), daß heute bereits jeder dritte Arbeitsplatz in Tirol vom Ausland abhängt und setzt ebenso ölig dazu, daß es im Jahre 2000 schon jeder zweite sein werde, als ginge es darum, ein Plansoll zu erfüllen.

Die "Industrie" greift nach der Macht in Österreich

Die Politik, die bisher betrieben wurde, die Politik der Hereinholung ausländischen Kapitals und des Hinausverkaufs österreichischer Betriebe, findet ihre geradlinige Fortsetzung in der Politik der direkten Anhängung Österreichs an die "EG". Das systematische Austreiben der *österreichischen* Wirtschaft aus der "österreichischen Wirtschaft" seit 1955 hat die hereingebetenen Eindringlinge in die Lage versetzt, heute das ganze Österreich zu fordern.

So wie die Industriekonzerne in der "EG" Order zur Schaffung des "Binnenmarktes" gegebén haben, so hat die Großindustrie in Österreich Order zum Anschluß an diesen gegeben.

In den vergangenen zwei Jahren hat das große Kapital in Österreich ganz offen die politische Führung an sich gerissen. Durch keinen falschen Schein mehr verhüllt, entscheidet heute eine kleine radikale Minderheit, im privaten Verein "Vereinigung Österreichischer Industrieller" zusammengeschlossen, was in diesem Lande zu geschehen hat. Und so treibt sie diese Regierung (auf deren Bildung aus SPÖ und ÖVP sie gedrängt hat), die sich von ihr vor sich hertreiben läßt, seit ihrem Bestehen unaufhörlich vor sich her. Die sogenannte Österreichische Industriellenvereinigung, in der die politische Macht über Österreich organisiert ist, hat in einem Feldzug, wie ihn dieses Land noch nicht gesehen hat, unter dem Einsatz aller großen, d.h. dem großen Geld hörigen Medien, also aller großen Medien, hat in einem Feldzug gegen die Selbständigkeit Österreichs, also einem gegen Österreich, den Anschluß an die "EG" voranzutreiben versucht. Den dreckigsten antiösterreichischen Anschlag hat diese extrem kleine und in ihren Interessen ebenso extreme Gruppe dabei ausgerechnet an einem 15. Mai verübt, indem sie wohlkalkuliert an diesem Tag, dem Gedenktag der Unterzeichnung des Staatsvertrages, damit dem der Zurückerlangung unserer Unabhängigkeit, als höhnische Provokation für die große Mehrheit der österreichischen Bevölkerung in einer großen Pressekonferenz in Wien die "Forderung nach einem raschen EG-Beitritt" (*Pressedienst der Industrie*, 15.5.1987) gestellt hat. Deutlicher hätte sie nicht zeigen können, was sie von der Souveränität Österreichs nicht hält.

Wer herrscht?

Nirgendwo ist die herrschende Klasse Österreichs reiner zusammengefaßt als in der "Industriellenvereinigung". Ein Blick auf das hier freiwillig zusammengeschlossene in- und ausländische Großkapital zeigt, wer in Österreich, unbeesehen wechselnder Regierungsbeamter, regiert. 45 Prozent der heimischen Industrie sind nach letztem Stand in ausländischer Hand. Entsprechend sitzen im Vorstand der "Österreichischen" Industriellenvereinigung nebst Vertretern der größten österreichischen Betriebe und Banken Bevollmächtigte ausländischer Konzerne (von Siemens und Philips bis Semperit-Conti und Shell). Bedenkt man, daß die kleineren österreichischen Industriebetriebe

nicht Mitglied in diesem Klub der Großen sind und die Verstaatlichte Industrie wohl Mitglied ist, aber keinen Mitgliedsbeitrag entrichtet, kann man davon ausgehen, daß die ausländischen Betriebe für mehr als die Hälfte des Budgets der "österreichischen" Industriellenvereinigung aufkommen. Was folgt daraus?

Als im Vorjahr ein neuer Industriellen-Präsident zu wählen war, gab es laut *Trend* (Juli 1988) zwei Favoriten, die General-Direktoren von Semperit (zu 75% im Besitze der deutschen Continental) und Henkel Austria (zu 100% im Besitze der deutschen Henkel). Als Kompromißkandidat kam dann der farblose Generaldirektor einer österreichischen Papierfabrik zum Zug, der sich über die Zeitungen mit dem Slogan "Wenn ich einen Wunsch frei hätte - lieber heute als morgen in die EG hinein." (*Die Wirtschaft*, 14.3.1988) empfohlen hatte. Die beiden Konkurrenten wurden die beiden Vizepräsidenten.

Diese sogenannte "Vereinigung Österreichischer Industrieller" (VÖI) ist seit vier Jahren auch in der "Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas" (UNICE) vertreten, die den "EG-Binnenmarkt" herstellen läßt. "Die VÖI leistet in der UNICE auf allen Ebenen der Fach- und Leitungsgremien, bis hinauf zum Organ des Präsidentenrates, ihren Input zur Vertretung der Interessen der österreichischen Industrie und wirkt an den an die EG-Organe gerichteten Stellungnahmen der europäischen Industrie vollberechtigt mit." (>Stellungnahme der VÖI zur Europäischen Integration<, Juni 1987). Seit



Die SPÖ brüstet sich auch noch damit: Die Regierung hat Österreich bei den Multis angestellt. (Im Bild: ITT)

Mai 1988 hat die VÖI ein Büro bei der "EG" in Brüssel, mit einem ständigen Vertreter. Christian Beurle, der langjährige Präsident der VÖI, ist UNICE-Vizepräsident.

Die Woche zweimal verlangt der Sprecher dieser Machtklasse, Generalsekretär Herbert Krejci, den "EG-Beitritt", und aus den siebzehn Tageszeitungen des Landes, die von den Anzeigenmillionen der von ihm vertretenen Großbetriebe leben, schallt es zweimal die Woche siebzehnfach zurück.

So wie es sich für Österreich rächt, daß bedeutende Hapen der Zeitungsbranche nicht mehr in österreichischer Hand sind, so lohnt es sich im Vortrieb bundesdeutscher Interessen, daß diese Hapen in der Hand von BRD-Kapital sind. *Kurier* und *Krone* gehören ebenso zu jeweils fast der Hälfte der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) wie *Profil* und *Wochenpresse*. Mit dem *Standard* erscheint seit der deutschen Besatzung erstmals wieder eine Tageszeitung in Österreich, die voll von deutschem Kapital abhängt. Die AZ wird gerade an den europäischen Medienkonzern Maxwell verkauft, der mit >European< die erste "EG"-Zeitung auf den Markt gebracht hat. Die Liste der österreichischen Medien, die mit Geld aus dem Ausland dirigiert werden, reicht weiter über Wirtschaftsmagazine wie *Cash flow*, *Option*, *Trend* und andere bis zu bunten und grünen Illustrierten. Die Besitzverhältnisse am Kurier-Konzern spiegeln getreu wieder, wer in Österreich die Macht hat: Erstens das deutsche Kapital (45 %), zweitens die organisierte in- und ausländische Industrie (ca. 30 %) und drittens der Raiffeisen-Konzern. Herauskommen dann die unabhängigen, von den Interessen der Österreicherinnen und Österreicher unabhängigen Tages- und Wochenzeitungen. Dementsprechend tummeln sich im Aufsichtsrat der Kurier AG neben Vertretern der WAZ-Gruppe solche von Raiffeisen und solche der Industrie. Generalsekretär Krejci ist insgeheim der Vorsitzende, der tatsächliche war lange Jahre G. Stepski-Doliwa, der Hauptaktionär der Nettingsdorfer Papierfabrik, die dzt. den Präsidenten der VÖI stellt, und ist seit neuestem ein Vertreter der Bierindustrie, die vordem den Industriellenpräsidenten gestellt hat.

Zum Einstieg der Industrie in die Meinungsindustrie sagte der Aufsichtsratspräsident des Kurier-Konzerns 1985: "Ich kann nur dazu sagen, daß man im Ausland immer wieder staunt, daß die österreichische Industrie diesen Schritt gewagt hat. Man beneidet uns da sehr. Ob wir jenen Einfluß ausüben können, den wir uns vorstellen, diese Frage kann ich heute noch nicht beantworten." (*Industrie*, 21.8.1985) Um den Einfluß auf die Presse zu verstärken, kündigte er damals auch "Schulungsmaßnahmen zur Verbesserung des Wissensfundus der Journalisten" an. In Ergänzung dazu hält die Bundessektion Industrie der Bundeswirtschaftskammer zum Zwecke der Bearbeitung der Presseleute jährlich ein mehrtägiges Journalisten-Seminar ab (zuletzt Ende Jänner 1989 in Kärnten), wo willige Wirtschaftsjournalisten auf Vordermann gebracht werden.

Wer regiert die Regierung?

Mit dem Zugriff auf die Medien des Landes hat die Industriellen-Vereinigung, die übrigens das unausgesprochene "Recht" hat, ihre Vertreter in Regierung (z.B. Finanzstaatssekretär G. Stummvoll) und Landtage (in Tirol: VÖI-Tirol-Geschäftsführer D. Bachmann) zu setzen, beste Bedingungen, um ihre anti-österreichische Politik durchzuziehen.

Natürlich bedient sie sich dabei der Parteien. "Der mit Abstand wichtigste Geldgeber im wenig durchsichtigen Feld der Parteispenden ist die Vereinigung Österreichischer Industrieller. Die Mitglieder dieses Verbandes können ihren Mitgliedsbeitrag von der Einkommensteuer absetzen. Und die Vereinigung Österreichischer Industrieller gibt - durchaus legal - einen Großteil dieser Mitgliedsbeiträge an die Parteien, d.h. konkret an ÖVP und FPÖ, weiter." (A. Pelinka in *Standard*, 19.12.1988) Von der direkten Finanzierung der ÖVP durch die Industrie, zum Beispiel zahlt der deutsche Chemie-Multi Henkel, dessen Österreich-Chef zu den feurigsten "EG"-Anschließern gehört, Monat für Monat eine ganzseitige Einschaltung im ÖVP-Mitglieder-Magazin *Plus*, wollen wir hier gar nicht reden.

"Auf Basis des Memorandums werde die Industrie - so Krejci - jetzt mit einer intensiven >Massage der Sozialpartner und der Regierung< beginnen, um Widerstände abzubauen." (*Kurier*, 16.5.1987), wurde bei der erwähnten Anschluß-Pressekonferenz der VÖI am Staatsvertragstag angekündigt. In der Folge massierte der vom großen Kapital Beauftragte H. Krejci denn auch die Regierung unaufhörlich, morgens und abends, öffentlich und nichtöffentlich. Da wurde ein bißchen gefordert und ein bißchen gedroht ("Bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmer wird laut Industrie viel von der >EG-Entscheidung< abhängen." - *TT*, 8.1.1988), ein bißchen kritisiert und ein bißchen gelobt ("Die österreichische EG-Politik sollte sich von solchen Meinungsäußerungen - wie denen des belgischen Außenministers Tindemans - nicht beirren lassen, die Reaktionen der Regierungsparteien seien erfreulich gewesen, betonte Krejci." - *TT*, 17.8.1988). In aller Öffentlichkeit wurde der Regierung die Außenpolitik vorgegeben (">Der Weg nach Brüssel führt ganz klar über Paris<, sagte Krejci." - *TT*, 9.11.1988) und sie "aufgefordert, in der Regierungsklausur einen verbindlichen Zeitplan festzulegen, nach dem die Stellung des Beitrittsantrages an die EG abgewickelt werden sollte" (*TT*, 15.10.1988), dem die offizielle Regierung verbindlich nachkam.

Der Schwanz hat ganz kräftig mit dem Hund gewedelt.

Selbst die Industriellenvereinigung war überrascht, wie sie mit dieser Regierung Schlitten fahren kann. Hat sie zu Anfang ihrer Kampagne noch erklärt, sie fordere den "Vollbeitritt" nur, um wenigstens eine Annäherung an die "EG" durchzusetzen, so will sie jetzt, da sie von dieser Regierung alles haben kann, wirklich alles, den Vollanschluß Österreichs an die "EG".

"Der österreichische Europa-Zug fährt in die richtige Richtung. Die heimische Industrie kann für sich in Anspruch nehmen, für die Lokomotive die eifrigsten Heizer aufgebracht zu haben." (*Industrie*, Wochen-Zeitung der VÖI, 20.1.1988)

Pressedienst der Industrie

Medieninhaber und Herausgeber:
Vereinigung Österreichischer Industrieller

Redaktion:
Dr. Viktor Bauer/
Bosde Wien 3, Schwarzenbergplatz 4
Tel. 72 56 91/256 OW
Briefanschrift: Postfach 161, 1021 Wien

Wien, 1987 05 15

S p e r r f r i s t: Freitag, 15. mai 1987, 11 Uhr

ÖSTERREICH MUSS SICH ZUM WESTEN BEKENNEN

EG-Beitritt als ausenpolitische Grundsatzfrage - Industrie
für kompromissloses "Ja" zu den Europäischen Gemeinschaften

Wien, 1987.05-15 (PdI 2). Die Forderung der Industrie nach einem baldigen Beitritt zu den Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften sei auch Ausdruck eines klaren Bekenntnisses zum Westen und zu den Grundwerten der Freien Welt. Diese Auffassung vertrat Prof. Herbert Krejci, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, anlässlich der Präsentation des Memorandums der Vereinigung zur europäischen Integration.

In einer Situation, die innen- und ausenpolitisch von Unsicherheiten geprägt sei, habe ein klares Bekenntnis zu Westeuropa nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf ausenpolitischem Gebiet Symbolwert. Ein Beitrittsansuchen Österreichs zur Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft wäre gegenwärtig die deutlichste Standortbestimmung gegenüber der westlichen Staatengemeinschaft und sei deshalb von grösster Dringlichkeit.

Krejci betonte, in der Industriellenvereinigung sei man sich darüber im klaren, dass man mit der Forderung nach einem raschen EG-Beitritt bewusst eine Vorreiterfunktion über-

Weiter. Um die Anschlußinteressen der großen österreichischen und noch mehr der sich in Österreich ausbreitenden ausländischen Industrie, die gegen die österreichische Bevölkerung gerichtet sind, bei dieser durchzubringen, hat die Industriellenvereinigung sich den Vizekanzler der Republik gefügig gemacht, hat die Industriellenvereinigung Millionen Schilling und Millionen D-Mark teure Fehl-Informations-Feldzüge gegen die Bevölkerung geführt und hat die Industriellenvereinigung gegen hohe Summen Gutachten bei Wissenschaftlern, die bei sich Gutachten bestellen lassen, bestellt.

Der Reihe nach. Im Jahre 1985 boten zwei Herren jedem der sich bedienen wollte, ihre guten Dienste bei der Neuinterpretation der österreichischen Neutralität an: "Gegen eine Vollmitgliedschaft Österreichs bei den Europäischen Gemeinschaften (EG) bestehen neutralitätsrechtlich keine Bedenken. Diese Meinung vertraten die beiden Völkerrechtler Michael Schweitzer von der Universität Passau und Waldemar Hummer von der Universität Innsbruck im Rahmen eines Europahearings der Jungen ÖVP in Salzburg." (Presse, 23.4.1985) Die Klasse des Großkapitals, die sich seinerzeit nachweisbar jah-

relang gegen die Erklärung der österreichischen Neutralität gestellt hat, die mit der dann doch erklärten Neutralität nie etwas anzufangen wußte, bestellte als VÖI bei den beiden Herren ein Gutachten über die Vereinbarkeit von "EG-Mitgliedschaft" und Neutralität, von dem sie im vorhinein todsicher wußte, wie es aussehen würde. Bereits am 8. November 1986 trat der unabhängige Wissenschaftler DDr. Hummer bei einer Propagandaveranstaltung der Jungen Industrie, der Nachwuchsorganisation der Industriellenvereinigung (deren Vorsitzender der oberösterreichische Industrielle Leitl ist), unter dem Titel "Unser Heimmarkt ist Europa" in Linz auf, bei der bereits der "Vollbeitritt" Österreichs zur "EG" gefordert wurde. Im März 1987 legten die beiden Völkerrechtler die Studie vor, die ihnen, wie erwartet, viel Geld und der Industriellenvereinigung, wie erwartet, das in Aussicht genommene Ergebnis gebracht hatte. Die Industriellenvereinigung hat ihre Meinungsmacher in Politik und Medien mit diesem Elaborat, dem die Darstellungen namhafter Völkerrechtler und - was mehr ist - die Ansichten der Österreicherinnen und Österreicher entgegenstehen, ausgerüstet und damit versucht, ihrer gegen die Selbständigkeit Österreichs gerichteten Politik den Anschein von Gesetzlichkeit zu geben. Neutralitätsfeindliche Offiziere des Österreichischen Bundesheeres argumentieren heute mit dieser Studie für den Anschluß an die "EG".

Prof. Hummer, der Europarechtler ohne Lehrstuhl für Europarecht, bestreitet über den seinerzeitigen Auftrag und das seinerzeitige Honorar hinaus landauf landab Vorträge, in denen er wie die VÖI den "Vollbeitritt" fordert, und die VÖI, das paßt dazu, fordert einen Lehrstuhl für Europarecht: "Die Industriellenvereinigung tut alles, daß an einer österreichischen Universität ein solcher Lehrstuhl errichtet wird und wir könnten uns sogar vorstellen, daß wir dazu auch eine gewisse Starthilfe leisten." (H. Krejci in *Europeus*, 1/88) Andreas Khol, der mit dem Hummer-Schweitzer-Gutachten unter dem Arm durch die Lande zieht, präzisiert: "Zumindest ein Europa-Lehrstuhl muß nach Innsbruck." (TT, 19.6.1988)

Den verschiedenen Vorhaltungen der Käuflichkeit begegnet Hummer ganz entschieden: "Zum einen muß ich feststellen, daß das Gutachten natürlich kein bestelltes Gutachten der Industriellenvereinigung war, denn als ich den Auftrag bekommen habe, ist die politische Diskussion in Österreich noch gar nicht im Laufen gewesen, das heißt das Gutachten hat dann, als es erschienen ist, die Diskussion überhaupt erst ausgelöst. Die Industriellenvereinigung hat also keine Vorgaben beim Gutachten gemacht, daß das Gutachten dann eine Veträglichkeit eines Beitritts unter Neutralitätsvorbehalt ergeben hat, konnte die Industriellenvereinigung nicht wissen, wurde dann aber von ihr dementsprechend politisch ausgeschlachtet." (*Zeitung der Offiziers-Gesellschaft Tirol*, Nov. 1988)

Das Gutachten von Hummer / Schweitzer ist wie weitere von der VÖI in Auftrag gegebene "Beitritts"-Studien in deren eigenem Verlag, dem Signum Verlag, erschienen.

Geisel Mock

Uns, denen eingebleut worden ist, daß wir in einer Demokratie lebten, wird es nie in vollem Umfang in den Kopf hineinkönnen, wie perfekt es in den vergangenen beiden Jahren dieser Industriellen-Clique gelungen ist, eine ganze Partei, eine ganze große Partei vollständig zu instrumentalisieren. Was die VÖI mit der ÖVP seit ihrer Regierungsbeteiligung aufführen konnte und aufführte, ist geeignet, uns den Glauben an die kapitalistische Demokratie ein für allemal auszutreiben.

Seine schwache Position innerhalb der ÖVP nach der argen Wahl-Niederlage seiner Partei im November 1986 hat Alois Mock für seine Geldgeber, die großen Industriellen, nach Strich und Faden erpreßbar gemacht. "Welches Ausmaß diese Spenden haben, wird von der VÖI nicht offiziell bekanntgegeben. Berechnungen von Anton Kofler haben ergeben, daß die Spendeneinnahmen der ÖVP aus dem Bereich der Industriellenvereinigung rund um 1980 etwa 75 Millionen Schilling jährlich ausgemacht haben." (A. Pelinka in *Standard*, 19.12.1988)

Die Industriellenvereinigung, die alsbald die Losung "EG-Beitritt" ausgegeben hatte, hielt in ihren Medien über Monate hin die ÖVP-Führungsdiskussionen am Köcheln, die Mock aufs äußerste bedrängten. Der Vizekanzler schwenkte halb auf den VÖI-Kurs ein, schätzte aber Mitte 1987 seine Position noch so stark ein, daß er glaubte, mit der Vertretung einer Politik der "Annäherung an die EG" durchzukommen: "Vorerst möchte ich einmal betonen, daß ich es begrüße, daß die Österreichische Industriellenvereinigung auf diesem wichtigen Sachgebiet das Expertenwissen fruchtbar macht und die Probleme in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht untersuchen läßt. Es sind im wesentlichen aber drei Gründe, politische Gründe, die mich dazu veranlassen, das Konzept des Europavertrages und nicht jenes der Vollmitgliedschaft zu verfolgen: Wir brauchen ein maßgeschneidertes Konzept; wir brauchen schnelle Ergebnisse; wir wollen nicht falsche Signale nach außen geben." (A. Mock in *Österr. Monatshefte*, Juni 1987)

Da die Industriellenvereinigung für ihre finanzielle Leistung an die ÖVP nicht die entsprechende politische Leistung bekam, nahm sie ihren Parteivorsitzenden zur Geisel, anders ist das nicht zu benennen. Gleich nach Beginn der politischen Herbstsaison brachte sie Alois Mock und mit ihm seine Partei vollständig in ihre Gewalt. Es war der 10. September 1987 als Herbert Krejci, der vom großen in- und ausländischen Geld finanzierte insgeheime Kanzler der Republik, in der Sendung Zeit-im-Bild 2 auftrat und dort den Abschuß Mocks forderte, indem er nach einem Stauffenberg rief, der ihn beseitige. (Stauffenberg ist jener Oberst, der am 20. Juli 1944 mit einem Sprengstoffattentat Adolf Hitler zu beseitigen versucht hat.) Brutaler hätte die brutale Absicht nicht kundgetan werden können: "Ich schätze Mock menschlich sehr, aber es gibt starke Abnützerserscheinungen. Ich artikuliere hier, was hinter

vorgehaltener Hand überall gesagt wird. Da muß einer Stauffenberg spielen, den will niemand spielen. Ich spiele ihn nicht. Um diese Sache kommen wir nicht herum. Ich werde von hunderten Leuten angesprochen: Wann werden wir wieder eine führungsfähige Führung bekommen?" (ZiB 2, 10.9.1987)

Im *Kurier*, dem Sprachrohr Krejcis, unterstützte ihn sein dienstwilliger Chefredakteur: "Herbert Krejci, Generalsekretär der Industriellenvereinigung hat eine harte Wahrheit öffentlich ausgesprochen: die ÖVP ist in einer Führungskrise, Alois Mock hat seine Chance auf eine Führungsrolle in diesem Land längst verspielt." (Kommentator "Rau", 12.9.1987) Die *Presse* klärte auf: "Herbert Krejci spricht als Exponent einer Interessensvereinigung. Und diese spendet jährlich nicht wenig für den Unterhalt und Weiterbestand der Volkspartei. Wer zahlt, schafft an: dieser ungute Eindruck muß in der Öffentlichkeit entstehen." (12.9.1987) Ist hier wirklich ein unguter Eindruck von den Zuständen entstanden und nicht umgekehrt ein sehr guter Eindruck von ganz ungunstigen Zuständen?

Wie auch immer, seit diesem Tag marschiert Mock. Nie zuvor seit 1945 hat sich eine Clique einen Politiker so zum Werkzeug machen können. Seitdem fordert Mock gegen die Interessen des größten Teiles der ÖVP-Wähler den "Vollbeitritt" Österreichs. Seitdem sind für ihn, wie für die Industriellenvereinigung, die an der Unabhängigkeit Österreichs die Unabhängigkeit stört, die Neutralität unseres Landes und die Einverleibung durch die "EG" gleichzeitig möglich. "Der neue Patriotismus heißt Europa." (A. Mock in seiner >Rede zur Lage der Nation< am 29.2.1988) Seitdem darf der langgediente stellvertretende österreichische Generaldirektor des britisch-holländischen Unilever-Konzerns, der ÖVP-Klubobmann Fritz König, jede Woche den "EG"-Anschluß fordern. Seitdem gibt es eine "EG-Kommission" in der ÖVP, die der langjährige Generaldirektor des multinationalen Jacobs-Suchard-Konzerns und fanatische Anschlußbetreiber Martin Purtscher, heute Landeshauptmann von Vorarlberg, anführt.

Wie von einer Tarantel gestochen ist die ÖVP im letzten Jahr für die Interessen des großen Geldes in Österreich gerannt. Auch im Ausland hat man es registriert, etwa der EFTA-Generalsekretär Per Kleppe: "Die ÖVP steht unter dem Druck der Industrie." (*Presse*, 30.1.1988) Die Belobigung von dieser Seite ließ nicht auf sich warten: "Dank dem klaren Kurs, den Mock vor allem in der EG-Frage geht, hat sich seine Glaubwürdigkeit beträchtlich verstärkt. Man muß jetzt alles vermeiden, was nach einer Führungsdiskussion aussieht und manche Ehrgeizlinge, die auf dem Sprung sind, zurückhalten." (H. Krejci im *Kurier* vom 4.12.1988)

Die FPÖ, die von der Industriellenvereinigung und zudem von Industriellen privat hochgepöppelte Partei Haider, die wie in allen der herrschenden Klasse wichtigen Fragen so auch in dieser einen brutaleren Kurs gehen möchte, kann damit noch im Talon der VÖI bleiben.

Weil die Industrie daraus schließt, daß man auch die Bevölkerung kaufen kann, gibt sie sehr viel Geld aus

Dem großen Kapital, das bei uns anschafft, dem inländischen und dem ausländischen, bringt die Gleichschaltung Österreichs mit der "EG" eine Steigerung seiner Gewinne. Es ist daher nur unternehmerisch gedacht, die läppische Summe von einigen zig Millionen Schillingen voraus in den Anschlußkampf zu investieren.

Werbekampagnen sollen nicht nur Plakatwände zukleistern, sondern auch die Hirne der Menschen, um den Politikern, die sich die VÖI zurechtgelegt hat, bei ihrer Arbeit zu helfen, die da ist: die Menschen dazu zu bringen, sich gegen ihre eigenen Interessen zu entscheiden.

Aus der großen Zahl dieser Versuche, die Bevölkerung für den "EG"-Anschluß breitzuschlagen, von den Zeitungsinseraten "Österreich zur EG" der VÖI (1987) bis zu der Plakatserie "Österreich in das Europa von morgen führen" der ÖVP (die leider nicht nur aus den Säcken der Geldsäcke, sondern auch aus den Säcken der Bauernbundmitglieder und Greißler finanziert worden ist; 1988) drei Beispiele:

1. Im September 1988 gab es in Wien Bezirk für Bezirk sogenannte "Industrie Wochen" unter dem Motto "Europareif! Die Wiener Wirtschaft". Slogan der begleitenden Zeitungsganzseiten-Inserate: "Worauf warten wir noch?" Im Rahmen dieser Aktion gab es Tage der offenen Tür bei Betrieben, die diese Kampagne unterstützten. Einer dieser Betriebe war der >Kurier<, der damit sein Anschlußinteresse auch als Industriebetrieb gezeigt hat. In den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt beteiligten sich 11 Firmen, darunter die ausländischen Mobil Oil, Siemens, Hoechst, Alcatel, General Motors, Bombardier-Rotax und Billerbeck. Soviel zu "Die Wiener Wirtschaft".

2. Im Frühjahr 1988 war das Bundesland Oberösterreich mit einer Plakatserie "Die öö. Industrie - Wir sind europareif." bis oben hin zugeklebt. Großinserate "Ja zur EG" in den Zeitungen unterstützten den Generalangriff auf die Köpfe der Menschen. "Die öö. Industrie", das ist, neben der Verstaatlichten, die von der "EG" nix Gutes zu erwarten hat, vor allem die auslandsabhängige Zuliefer-Industrie und die multinationale Industrie (BMW, Semperit-Conti, ABB, AEG, Mobil, BP, Siemens, Philips, Alcatel, Nestle, Knorr, Linz Textil usw.). Die Werbeagentur Sery, die diese, wie sie es nennt, "gezielte Promotion-Kampagne zum Beitritt Österreichs in die EG" erarbeitet hat, schreibt dazu: "Die für Frühjahr '88 geplante Promotion-Aktion beinhaltet eine gezielte Mischung aus emotionaler Ansprache und sachlicher Argumentation. (...) Die Kampagne umfaßt monatlich 700 Großflächenplakate, Insertionsschaltungen in der Tagespresse, zielgruppenspezifische Prospektaussendungen sowie Informationsveranstaltungen mit interessanten Beiträgen und Diskussionen, Filmvorführungen und Fachvorträgen." (*Sery-Prospekt*)

3. Der ersten Großkampagne für den Total-Anschluß wurden wir bereits im Winter 1987/88 ausgesetzt. In einer vierteiligen Serie von Ganzseiten-Insera-

ten in Tages-, Wochen- und Monatszeitungen, finanziert von der CA, wurde versucht, uns einzufangen: "Es kommt viel auf uns zu. Viel Neues. Viel Gutes. Die Herausforderung Europas ist groß. Nach Europa gehen wir am besten gemeinsam. CA, die Bank zum Erfolg."

Wenn man von der Macht in Österreich spricht, muß die CA, die größte Bank des Landes, mit besten Auslandsverbindungen, mit einem Firmenimperium dabei, im ersten Satz vorkommen. Was die Deutsche Bank in der BRD, ist die CA in Österreich. Was die CA für die Deutsche Bank ist? Ein Zulieferbetrieb.

So hat die CA immer wieder Firmen aus ihrem Konzern, wie Semperit an Firmen aus dem Konzern der Deutschen Bank, wie Continental, verschleudert. Die CA darf, so ist es, jene Finanzgeschäfte machen, die die Deutsche Bank sie machen läßt. So durfte sie das Nagymaros-Abenteuer eingehen, mußte das sichere Sellrain-Silz-Geschäft aber den Deutschen überlassen



(siehe FOEHN 10/11). Die CA, die schon einmal von der Deutschen Bank verschluckt worden ist, ist heute in die europäische Bankengruppe EBIC, die klar von der Deutschen Bank dominiert wird, fest eingebunden.

Die Tochterbetriebe einer langen Reihe von Industriekonzernen, die draußen zum Geschäftsbereich der Deutschen Bank gehören, werden herinnen durch die CA vertreten (z.B. Siemens, Bosch, Henkel, Unilever, Hoechst, Nestle). Die Profite der Großindustrie sind allemal auch die Profite der Banken, die hinter ihnen stehen, mehr noch: einige wenige Großbanken haben die Verfügungsgewalt über weite Teile der Wirtschaft.

Für wen spricht die CA, wenn sie in konsequenter Fortsetzung ihrer Politik, den ganzen Anschluß fordert? Für die Sparsbüchler? Die CA vertritt in erster Linie - und in der Frage der Einbeziehung Österreichs in den "EG"-Wirtschaftsraum ganz besonders - die Interessen ihrer Großkunden. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Gremien, die die CA neben dem vorgeschriebenen Aufsichtsrat (wo unter anderem die "EG-Befürworter" Siemens, Gösser und Rauch Sitz und Stimme haben) eingerichtet hat, um ihren Großkunden ein Mitspracherecht zu geben, macht alles klar: Im "Internationalen Beirat" der Creditanstalt tummeln sich neben dem langjährigen Präsidenten der Deutschen Industrie- und Handelskammer Otto Wolff von Amerongen und dem früheren "EG"-Präsidenten Gaston Thorn Vertreter unter anderem von Siemens, VW, Bosch, Olivetti und Generali. Im "Nationalen (!) Beirat" drängeln sich neben großen österreichischen Industriellen Beauftragte folgender ausländischer Unternehmen: Agip, Allianz, Bayer, BBC, BMW, BP, Castrol, Esso, Generali, Henkel, Hirschmann, Hoechst, IBM, Kleider Bauer, Master Foods, Mobil, Nestle, Nixdorf, Philips, Shell, Siemens, Suchard und Unilever.

Alles hat seinen Grund, warum es ist. Die Menschen sind in der Politik immer die Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie hinter allen möglichen moralischen, politischen und sozialen Erklärungen und Versprechungen nicht die Interessen dieser oder jener Klasse suchen.

Daß diese CA dann unter Hinweis auf die starke Verflechtung mit dem Ausland, die sie allen voran nach Kräften herzustellen geholfen hat, die Losung ausgibt, "die Überwindung nationalstaatlicher Souveränitätsillusionen ist zu einem Gebot der Stunde geworden" (H. Androsch), ist ungeheuerlich für uns, aber nur konsequent im Interesse derer, denen sie verpflichtet ist. In der Zeit, in der ihr Industriekonzern am stärksten war, sind die Firmen der CA "zu ungefähr vierzig Prozent" (*Profil*, 29.2.1988) für die Mitgliedsbeiträge der Vereinigung Österreichischer Industrieller auf gekommen. Bankkapital und Industriekapital, die die österreichische Politik bestimmen, sind aufs engste verflochten, was auch darin seinen Ausdruck findet, daß VÖI-Spitzenfunktionäre in Aufsichtsrat und Nationalem Beirat der CA und Manager des CA-Konzerns zuhauf im Vorstand der Industriellenvereinigung sitzen.

Die große inländische Industrie will ihn

Ich weiß, ich weiß, es reicht dir schon, liebe Leserin, lieber Leser, aber es heißt, die Sache zu Ende denken. Die großen Industriellen dominieren nicht nur die VÖI, sondern auch die Handelskammern, die gesetzlichen Vertretungen der Gewerbetreibenden, obwohl sie dort nur 3 Prozent der Mitglieder stellen. Was sie sich für ihren Betrieb wünschen, den "EG"-Anschluß, fordern sie auch in offizieller Funktion im Namen aller Zwangsmitglieder. Hunderttausende Händler, Handwerker und Gastgewerbler haben praktisch keine Stimme.

Beispiele: BRAU AG-Chef Christian Beurle will ihn, erhofft er sich durch den "EG-Beitritt" doch "eine Verbilligung der Rohstoffe Gerste und Hopfen für die heimische Brauwirtschaft" (*Kurier*, 7.5.1988) Beurle ist stellvertretender Obmann der Sektion Industrie in der oberösterreichischen Handelskammer. Der steirische Rüstungsindustrielle Emmerich Assmann will ihn und findet es "absolut unverständlich, noch ein Jahr auf eine Entscheidung zu warten" (*Presse*, 14.7.1988). Assmann ist Obmann der Sektion Industrie in der steirischen Handelskammer. Der Tiroler Betonwarenfabrikant Helmut Katzenberger (stellv. Vorsitzender der Deutschen Handelskammer in Tirol) will ihn: "Außerhalb der EG gibt es für uns keine Zukunft." (*Tirols Wirtschaft*, 21.5.1988) Katzenberger ist Vizepräsident der Tiroler Handelskammer. Der Vorarlberger Maschinen- und Stahlbau-Fabrikant Josef Bertsch will ihn und fordert, daß "alle Vorkehrungen getroffen werden" (*Presse*, 15.12.1987). Bertsch ist Präsident der Vorarlberger Handelskammer. Der Zulieferindustrielle der "EG"-Autokonzerne Peter Mitterbauer (Mitglied der Deutschen Handelskammer in Oberösterreich) will ihn, denn er sieht für sein Unternehmen "keinen Weg, der am europäischen Binnenmarkt vorbeiführt" (*Presse*, 21.10.1988) Mitterbauer ist stellvertretender Obmann der Sektion Industrie in der oberösterreichischen Handelskammer. Der Fruchtsaft-Produzent Franz Rauch will ihn, weil "eine Einbindung der heimischen Industrie in den größten freien Markt der Welt absolut unabdingbar ist" (*Referat in Wien-Schwechat*, 27.4.1988). Rauch ist Obmann der Sektion Industrie in der Vorarlberger Handelskammer. Und auch der Industrielle Philipp Schoeller (Vorstandsmitglied der Deutschen Handelskammer in Österreich) will ihn und nennt ihn "eine Schicksalsfrage für Österreich" (*TT*, 19.11.1988) Schoeller ist Obmann der Sektion Industrie in der Bundeswirtschaftskammer.

Und die große ausländische Industrie will ihn

Z.B. Franz Kafka von Henkel ("Europa ist für Österreich *die Chance*") will ihn. Er bezieht seine Weisungen aus Düsseldorf. Karel Vuursteen von Philips ("Müssen alles daransetzen, daß der gemeinsame Markt im Jahr 1992 auch in Österreich seine Vorteile entfalten kann") will ihn. Ihm wird aus Eindhoven vorgesagt. Martin Purtscher von Jacobs-Suchard, jetzt Landeshauptmann von Vorarlberg, ("Ohne EG zweitklassiges Industrieland", "neutralitätspolitische

Bedenken nicht gerechtfertigt“) will ihn. Er hörte jahrzehntelang auf das Kommando aus Zürich. Fritz König von Unilever, jetzt Klubobmann der ÖVP, (“Auch die EG hat Interesse an einem Beitritt Österreichs”) will ihn. Er war gewohnt aus Rotterdam und London zu erfahren, was zu tun ist. Franz Leibenfrost von Semperit-Continental (“EG-Beitritt einzige Zukunftsperspektive”) will ihn. Ihm wird aus Hannover mitgeteilt, was zu geschehen hat. Wolfgang Unger von der Donau-Chemie (“Integration zur EG ist ein überlebenswichtiger Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik”, “neutralitätspolitisch unbedenklich”) will ihn. Er wird von Paris aus gelenkt. Emmerich Wallner von der Tiroler Loden AG, (“EG-Beitritt Österreichs, andernfalls ist Tiroler Loden gezwungen, Betriebsstätten aus Österreich abziehen und in die EG zu verlegen”) will ihn. Seine Anweisungen kommen aus Karlsruhe. Helmut Haller von Seidensticker (“Plädiere für eine Vollmitgliedschaft”) will ihn. Was er wollen soll, wird ihm aus Bielefeld mitgeteilt. Herbert Rast von Kelly’s (“Ich sehe für uns gewaltige Chancen.”) will ihn. Er bekommt seine Direktiven aus Hannover. Manfred Kessler von Schwarzkopf in Kematen (“Bestens auf einen EG-Beitritt vorbereitet”) will ihn. Ihm wird von Hamburg und Frankfurt aus eingegeben. Dionys Lehner von der Linz-Textil AG (“Österreich muß der EG beitreten. Das ist eine schlichte Überlebensfrage”) will ihn. Er faßt seine Orders in Zürich aus. Siegfried Meysel von der Leykam AG (“Fatale Folgen, wenn Österreich ausgeschlossen bleibt”) will ihn. Sein Handeln wird neuerdings auch von Holland aus bestimmt. Otto Maurer von Bahlsen (“Unser Unternehmen wird mit Nachdruck die Notwendigkeit zum Ausdruck bringen, daß Österreich den EG-Beitritt vollzieht.”) will ihn. Er hat in Hannover um Befehle einzukommen. Hans Wege von Gervais (“Wir sind auf jeden Fall für einen EG-Beitritt”) will ihn. Seine Kommandozentrale steht in München. Heinz Böhler von Elektra Bregenz (“Unsere Zukunft heißt Europa”) will ihn. Er handelt auf das Geheiß aus Ahlen (BRD). Helmut Gunst von AKG (“Brauchen einen wirtschaftlichen Anschluß an den EG-Raum”) will ihn. Angeschafft wird ihm in Eindhoven.

Aber: Sie tun den Anschluß nicht nur ein bißchen fordern hin und wieder. Um zu bekommen, was sie wollen, setzen sie ganz andre Mittel ein. Eine “Warnung von Philips-Österreich-General Karel Vuursteen” nennen die *Oberösterreichischen Nachrichten* (6.2.1988) dessen Drohung: “Die Regierung muß eine klare Haltung zum EG-Beitritt einnehmen. Ein multinationaler Konzern wie Philips kann nicht in einem Land investieren, dem möglicherweise die Isolation droht.” Diese Konzerne führen mit dem Staat, der nach unseren Schulbüchern der unsere wäre, auf, was sie wollen. (Ein paar Wochen später verlangt derselbe Generaldirektor die Erhöhung der österreichischen Zölle gegenüber dem Philips-Konkurrenzland Korea, “und zwar ohne Übergangsregelung”. Keine Frage, daß das, was wir die österreichische Regierung nennen, diesem Begehren Folge leistet.)

Wie es Kalkül war, als Ende 1937 eine Delegation österreichischer Großindustrieller ins Deutsche Reich fuhr, um vor aller Welt das “Werk Adolf Hitlers”

hochzuloben, so ist es Kalkül, wenn der Generalsekretär der sogenannten österreichischen Industriellenvereinigung gerade jetzt, gerade zu der Zeit, da Österreich vom Ausland her wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr unter Druck gerät, zum Bundesverband der Deutschen Industrie spricht. "Klein aber hochkarätig war der Kreis bundesdeutscher Industrie- und Wirtschaftsmanager in Düsseldorf, vor denen - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - Prof. Herbert Krejci, Generalsekretär der Österreichischen Industriellenvereinigung, über >Österreich und die EG< referierte." (*Kurier*, 16.4.1988) Vor einigen Wochen hatte er erneut einen solchen Auftritt: "Beim >Deutschen Industrie- und Handelstag< in Bonn betonte gestern Prof. Herbert Krejci, Generalsekretär der Vereinigung Österreichischer Industrieller, vor Topmanagern der Deutschen Wirtschaft Österreichs Bemühen an >umfassender Teilnahme< am EG-Binnenmarkt." (*Kurier*, 14.2.1989) Grad als ob die deutsche Industrie noch Aufmunterung brauchte bei ihrem Griff nach Österreich!

Es ist wie es ist

Dieses Österreich ist, ob man's sehen will oder nicht, gespalten in Klassen. Die Interessen von Multis und österreichischem Großkapital gehen mit den Bedürfnissen der österreichischen Bevölkerung nicht zusammen.

Der Kampf zwischen denen, die den Anschluß betreiben und denen, die sich dagegen wehren, ist nicht ein Kampf von Meinungen, sondern einer unversöhnlicher Interessen. Für die einen bedeutet der "EG"-Anschluß noch bessere Unternehmerbedingungen, für die anderen heißt das mehr Arbeitslosigkeit und mehr Lohndruck, weniger Arbeiterrechte und weniger Gewerkschaft, weniger Umweltschutz und weniger Unternehmersteuern. Die "EG"-Trommlei ist ein neuer Schub Unternehmerrpolitik. Unter einem neuen Titel, >"EG"-Anpassung,< wird genau das betrieben, was immer schon und zuletzt mit Erfolg unter den Titeln "Verstaatlichtensanierung" und "Budgetkonsolidierung", "Deregulierung" und "Flexibilisierung" betrieben worden ist: die Sanierung und Konsolidierung der Profite ganz weniger ganz Reicher.

Ein hervorstechendes Merkmal des österreichischen Kapitals ist seine relative Schwäche all die Jahrzehnte herauf und die daraus erfolgende Anlehnung an das große ausländische Kapital. Ebendeshalb auch kann das "EG"-Kapital zur Durchsetzung seiner Ziele in Österreich die österreichischen Banker und die österreichischen Industriellen einsetzen.

Gelingt es dieser radikalen Minderheit, den Anschluß gegen die große Mehrheit durchzuprügeln, so hat sie auch ihre politische Macht gestärkt, auf Kosten der Bevölkerung. Welche unverhältnismäßige Macht sie heute schon hat, führt sie uns in ihrem gegenwärtigen Feldzug, in dem sie Zeitungen und Politiker nur so am Schnürchen führt, mehr als deutlich vor Augen.

Wie klitzeklein diese extreme politische Gruppierung ist, die vehement auf die "EG"-Einverleibung Österreichs hinarbeitet, zeigt die Einschätzung des Leiters des Wirtschaftsforschungsinstituts: "Laut Kramer sind derzeit rund 150

bis 200 mittelgroße österreichische Produktionsunternehmen schon uneingeschränkt international wettbewerbsfähig." (*Presse*, 22.4.1988) Soll es diesen zweihundert Unternehmen im Verein mit einem Teil der 3000 ausländischen Firmen in Österreich - wer sonst sollte solches Interesse am Anschluß haben? - gelingen, unser Land dahin zu bringen, wo die große Mehrheit es nicht haben will?

Darüber, wovor die Mächtigen zittern

Vor der Bevölkerung haben die EGoisten panische Angst. Der alte Industriellenpräsident Beurle glaubte zwar noch, er könne der beim "EG-Beitritt" nicht rasch genug handelnden Regierung mit dem Volke drohen: "Wenn sie sich das nicht allein traue, dann müsse eben das Volk befragt werden." (*TT*, 11.12.1987) Keine elf Monate später, als auch klaggestellt war, daß eine Volksabstimmung unumgänglich wird, gaben sich die Beitritts-Hetzer kleinlaut: "Auch Industrie-Generalsekretär Herbert Krejci betont, die Volksabstimmung müsse mit vereinten Kräften bestanden werden." (*Kurier*, 4.11.1988) Im nächsten Satz kündigt der Industriellensekretär eine "EG-Informationsoffensive" an, was natürlich, wie wir verstehen, nur eine Desinformationsoffensive sein kann. Den artikulierten Willen des Volkes fürchtet diese Bande wie man sagt, daß der Teufel das Weihwasser fürchte. Es ist nach Krejci "besonders wichtig, das Thema EG aus der politischen Auseinandersetzung, aus Wahlkämpfen herauszuhalten" (*Kurier*, 10.7.1988), darum spricht er sich "ganz entschieden dagegen aus, diese Frage zu einem >innenpolitischen Eskalationsthema< zu machen" (*Presse*, 28.10.1988). Blanke Angst vor einem Wahlkampf, in dem die Bedürfnisse der Wähler vorübergehend eine Rolle spielen könnten, treibt Herrn Krejci: "Aus innenpolitischer Sicht sollte das EG-Thema möglichst lange vor Beginn des Wahlkampfes abgeschlossen sein." (*Standard*, 9.11.1988) In einer Aussendung fordern die Industriellen "von den handelnden Politikern den Weg nach Brüssel, nicht jedoch (den) zur Wahlurne mutwillig vorverlegter Nationalratswahlen" (*TT*, 29.11.1988) Wenn wir schon selber an unsere Macht oft nicht glauben wollen, die Angst dieser Herren zeigt uns, wie groß sie in Wirklichkeit ist. Philipp Schoeller, der Obmann der Sektion Industrie in der Bundeswirtschaftskammer und Großindustrieller, will auch gleich einen Maulkorb für die ganz wenigen nicht euphorischen Politiker: "Die Regierung solle auch dafür sorgen, daß nicht jedes Regierungsmitglied bei diesem Thema mit einer eigenen Meinung auftrete." (*TT*, 19.11.1988) Umgekehrt müssen wir, auf dieses Industriellenpack gemünzt, sagen: Laßt sie reden! Jeder Satz, den sie sagen, demaskiert sie. Weil zuviel über die Neutralität geredet wird, die mit einem "EG"-Anschluß, wie man's auch dreht und wendet, nicht vereinbar ist, geifert Krejci: "Derzeit läuft die Diskussion unglücklich, das Thema wird zerredet. Außerdem verheddern wir uns in Nebenthemen." (*Presse*, 9.11.1988) Was immer sie auch äußern, um ihren Interessen zu nützen, ist gegen die unseren gerichtet. Jedes Wort, das sie aussprechen, stärkt unsere Entschlossenheit, uns zu widersetzen. Mit jedem Satz, den sie loslassen, wissen wir noch genauer, wo der Feind unserer Lebensinteressen steht. Das besorgen die Herren schon selber, daß ihnen der gemeine Mann feind wird.

Der Griff nach Österreich

Die "EG", das sind in Wahrheit die "EG"-Konzerne. Und die wollen, das haben wir gesehen, dieses Österreich mit Putz und Stängel. Der Handel mit Österreich brachte ihnen schon im Jahre 1987 83 Milliarden Schilling Überschuß. Österreich ist das drittwichtigste Exportland für die "EG". Österreich ist ein Niedriglohnland, ein Facharbeiterland, ein Land ohne ernstzunehmende Gewerkschaften. Die "EG" will es. "Die niederländische Wirtschaft", wird der Präsident des niederländischen Unternehmerverbandes VNO, A. van Lede zitiert, "sei zu dem einzig richtigen Schluß gekommen, daß Österreich in der Europäischen Gemeinschaft sehr willkommen sei." (*Industrie*, 14.12.1988) Österreich hat immer noch interessante Exportmärkte z.B. in Osteuropa und im Nahen Osten, die die "EG"-Konzerne an sich reißen möchten. Österreich müßte in die "EG"-Kassa zig Milliarden Schilling jährlich hineinzahlen. Österreich müßte die Forschung der Hochtechnologie-Industrie mitfinanzieren. Die "EG" will Österreich. Die "EG"-Konzerne, die Betriebe in Österreich haben, wollen, daß diese auch in der "EG" sind. Österreich ist heute schon für rund 500 Firmen der beste Standort für die sich überschlagsartig entwickelnden Ostgeschäfte. Die "EG" will Österreich. Österreich wird von der "EG" unter allen Umständen als Verkehrsfläche gebraucht. Usw. Kurz: Die Eingliederung Österreichs in die "EG" wird von den die "EG" beherrschenden Wirtschaftsgiganten betrieben. Freilich soll es nach Möglichkeit nicht so aussehen. Die in Österreich in Bewegung gesetzten Hampelmänner sollen uns, die wir nicht in die "EG" wollen, einreden, *wir seien es*, die in die "EG" wollten.

Das große Kapital in der "EG", dessen Werkzeug auch die Brüsseler Bürokratie ist, arbeitet auf den Anschluß hin. Die hohen "EG"-Beamten, die Kommissions-Politiker, die den Interessen der großen Konzerne verpflichtet sind, lassen ihre Bemühungen um den Anschluß durchblicken. "Ich habe allgemein den Eindruck", sagt Wolfgang Wolte, der Österreichische Botschafter bei der "EG" in Brüssel, "daß man jetzt von EG-Seite eine Entscheidung erwartet und damit rechnet, daß diese Entscheidung zugunsten eines Beitrittes ausfallen wird. Das ist allgemeine Erwartungshaltung." (*Kurier*, 30.11.1988) "Auch aus dem Ausland, von den EG-Stellen selbst, sei es vom ehemaligen EG-Präsidenten Gaston Thorn oder dem jetzigen (Vize) Narjes", heißt es in einem internen Papier der Tiroler Industriellenvereinigung, "wird uns eindeutig signalisiert, daß ein Vollbeitritt Österreichs zur EG erwünscht wäre und entsprechende Unterstützung fände." (Jänner 1988) "Ihr habt eine bestimmte Aufgabe auch Richtung Osten", sagt der "EG"-Vizepräsident Manuel Marin, "spielt sie in der EG!" (*Kurier*, 9.4.1987) Und der "EG"-Kommissär für Außenpolitik, Willy de Clercq: "Ich freue mich auf den Tag, an dem Österreich der Europäischen Gemeinschaft sagen kann: >Wir kommen!<". Jedermann in der "EG" weiß, sagt er, "daß ein Land wie Österreich viel in die Gemeinschaft einbringen kann. Ihr gehört zu meiner Vision von einem gemeinsamen Europa!" (*Kurier*, 20.10.1987)



Die hohen "EG"-Beamten haben die Visionen der westeuropäischen Großkonzerne zu ihren eigenen gemacht.

Es muß jedem auffallen, daß im Gegensatz dazu von den Spitzenpolitikern der "EG"-Staaten, sofern es nicht solche aus der BRD sind, in zwei Jahren Gebittell und Gebittell noch keiner auch nur mit einem Satz den Anschluß Österreichs an die "EG" befürwortet hat. Im Gegenteil. Hier nur so viel: Die Mitte Jänner erfolgte klare Ablehnung eines "Beitrittes" Österreichs durch den "EG"-Präsidenten Jacques Delors, und hier spricht er als Franzose und als ehemaliger Minister Frankreichs, drückt die Haltung der italienischen, der französischen, der belgischen, der britischen Regierung usw. zum Anschluß aus.

Die BRD will Österreich

Das Interesse der "EG" an Österreich kommt, abgesehen von den multinationalen Konzernen, vor allem aus *einem* "EG"-Land, aus der Bundesrepublik Deutschland. Aus einem Deutschland, das die wirtschaftlich dominierende Macht in Europa ist. Dessen Industrieproduktion fast so groß ist wie die Frankreichs und die Großbritanniens zusammen. Aus einer BRD, die die stärkste konventionelle Militärmacht Westeuropas ist. Deren D-Mark die Leitwährung Europas ist. Aus einer BRD, die allein über 40% der Währungsreserven aller "EG"-Länder verfügt. Die das exportstärkste Land der Welt ist. Das größte "EG"-Unternehmen der Elektrobranche steht in der BRD, die zwei größten Automobilfirmen der "EG" stehen in der BRD, die drei größten Chemiekonzerne der "EG" stehen in der BRD, und auch die vier größten Maschinenbauunternehmen stehen in der BRD (*Salzburger Nachrichten*, 16.2.1989).

Die Bundesrepublik Deutschland treibt Österreich vehement zum Anschluß. Sie hat im April 1988 in Wien in den Räumen der deutschen Botschaft eine "EG"-Botschaft in Österreich untergebracht, und der deutsche Botschafter in Wien ist in einer Person auch der Botschafter der "EG" in Wien. (Der österreichische Außenminister mußte sich dafür noch loben, daß er diese "EG"-Delegation nach Österreich hat bringen können.) Sie gibt sogar eine Zeitschrift namens "euro echo - Informationsbrief der Europäischen Gemeinschaften für Österreich" heraus, die das Anschlußinteresse unter der Bevölkerung fördern soll.

Deutschland will aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, daß Österreich wieder vollends in seinen Einflußbereich kommt. Jede Woche tritt irgendwo ein deutscher Banker oder Industriemanager auf und verlangt, auch wenn ers anders ausdrückt, daß sich Österreich anschließt. "Aus wirtschaftlicher Sicht sei ein EG-Beitritt Österreichs notwendig", sagt laut *Presse* (31.5.1988) der langjährige Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Großindustrielle Otto Wolff von Amerongen, Träger des Österreichischen Verdienstkreuzes. "Österreich gehört dazu!", sagt der Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Siegfried Mann (*Kurier*, 16.4.1988). "Deutschland betrachte Österreich als den >engsten Verbündeten<", gibt die *Presse* (24.9.1988) den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, den Großindustriellen Hans Peter Stihl wieder, "BRD-Wirtschaftschef für EG-Beitritt Österreichs" titelt der *Kurier* am selben Tag über denselben Herrn. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, eilt auf Einladung der CA nach Wien, um dort unmißverständlich mitzuteilen: "EG kann noch weitere Mitglieder verkraften" (Titel in der *Presse* vom 17.10.1988). Hans-Peter Martin, ein Spitzenvertreter der Industrie- und Handelskammer Duisburg, ermuntert: "Ich möchte Sie darin bestärken, daß Sie in Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft zum Konzept einer Stufenlösung kommen, an deren Ende in absehbarer Zeit eine Vollmitgliedschaft Österreichs in der EG stehen sollte." (*Verkehr*, 43/1987) Franz Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn meint zu Österreichs "EG"-Anschluß: "Aus Sicht der deutschen Wirtschaft gibt es nur Argumente pro." (*Kurier*, 15.2.1989) Der hochrangige BRD-Wirtschaftsexperte Gerhard Schmidt läßt wissen, "es lohne sich, in Österreich zu investieren" und für ihn sei "ein EG-Beitritt Österreichs >selbstverständlich<". (*Kurier*, 15.10.1988) Horst Münzner, einer der mächtigsten Männer der deutschen Wirtschaft, der massiv die Hände in der österreichischen hat, verlautbart als Präsident der Deutschen Handelskammer in Österreich: "Wir halten die Einbeziehung Österreichs in den gemeinsamen EG-Binnenmarkt für eine wirtschaftliche Notwendigkeit." (Prospekt des Alpacher Finanzsymposiums vom 6./7.10.1988) Und als Vize-General-Direktor von VW verkündet er über die *Presse* (23.1.1988): "Österreich ist europareif. Österreich muß nur einmal die Mitgliedschaft bei der EG beantragen, dann wird sich alles weitere ergeben."

Was sagt die Geschichte?

Sicher, das Großkapital der BRD wirft sich energischer als das anderer "EG"-Länder auf den Happen Österreich. Das Besondere aber ist, wie schon erwähnt, daß in Deutschland (und nur in Deutschland) auch von der politischen Ebene her mit hohem Aufwand auf den Anschluß abgezielt wird. Die Politik der Annexion Österreichs wurde nicht vom seinerzeitigen Kanzler Adolf Hitler erfunden, und sie ist nicht mit ihm gestorben.

Freilich war seit jeher der oberste Grundsatz bei der Verfolgung dieses Ziels, daß nach außen hin alles darauf hinzudeuten habe, die Initiative für den

Anschluß ginge von Österreich aus. Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, daß wir uns über die Lärmquelle des in Österreich tosenden Geschreis nicht täuschen lassen sollten. Für die Verschleierung des deutschen Machtwillens mußte dabei immer schon die Europa-Idee erhalten.

1914: Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg: "Der wirtschaftspolitische Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns ist eine politische Notwendigkeit." (*Fritz Fischer, >Griff nach der Weltmacht<*)

1915: Kurt Riezler, persönlicher Referent des deutschen Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg: "Gestern lange mit dem Kanzler zusammengesessen, um ihm mein neues Europa, d.h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich deutscher Nation. (...) Dann Österreich so behandeln, daß es von selbst hineinwächst. Das wird es und muß es. (...) Man braucht gar nicht von Anschluß an die Centralmacht zu reden. Der europäische Gedanke, wenn er sich weiter denkt, führt ganz alleine zu solcher Konsequenz." (*Norbert Schausberger, >Der Griff nach Österreich<, S. 19*)

1916: Exreichskanzler Fürst von Bülow: "Selbst wenn wir diesen Krieg (den Ersten Weltkrieg) verlieren sollten, werden wir die Partie doch gewinnen, denn wir werden Österreich annektieren." (*Broschüre der Österr. Widerstandsbewegung 1988*)

1918: Der deutsche Botschafter in Wien, Botho Wedel, an Berlin: >Allerdings wäre es besser, wenn die Österreicher in dieser Frage die Initiative ergriffen, denn die Entente begänne bereits die Möglichkeit eines vergrößerten Deutschlands zu fürchten; auch solle man nicht den Anschein erwecken, imperialistische Politik zu betreiben.< (*Schausberger, S. 32*)

1918: Gustav Stresemann, Führer des Bundes der Industriellen "sagte dem Außenamt in einer Reichstagsrede vom 22. Oktober 1918 die volle Unterstützung des deutschen Großkapitals im Falle einer Annexion Deutschösterreichs zu und bestätigte damit erneut die politischen Ambitionen der deutschen Wirtschaft." (*Schausberger, S. 44*)

1919: "Der deutsche Gesandte Graf Wedel, dessen Sorgen über die permanent abnehmende Anschlußbewegung der Österreicher immer größer wurde, forderte vom Außenamt den Ankauf einflußreicher Wiener Zeitungen, denn es müsse eine >dem Anschlußgedanken rückhaltlos ergebene Presse geschaffen werden<. Der Erfolg der Anschlußbestrebungen sei derzeit mangels Unterstützung in der bürgerlichen Presse bedroht; >eine der Reichspolitik ergebene Wiener Presse< werde sich während der bald beginnenden Anschlußverhandlungen als wertvoll erweisen, da sie den deutschen Standpunkt in bezug auf Währung, Zoll und wirtschaftliche Fragen unterstützen könne."

(*Schausberger, S. 61*)

1919: Anweisung an den deutschen Botschafter in Wien: >Wedel möge der österreichischen Regierung stets versichern, welch großen Wert Deutschland auf die Vereinigung lege - aber in die Öffentlichkeit dürfe davon nichts dringen<. (*Schausberger, S. 69*)

1919: Der deutsche Sonderbeauftragte Berger meldet aus Innsbruck nach Berlin: "Welches aber auch der wirklich gewollte politische Kurs in Österreich

zur Zeit sein mag, in jedem Falle ist eine geschickte Aufklärungsarbeit im Sinne des deutschen Anschlusses notwendig. Beträgt die Wiener Regierung uns, so müssen wir eben selbst unsere Interessen wahrnehmen und den deutschen Einheitsgedanken in der deutsch-österreichischen Bevölkerung beleben und wachhalten, bis eine geeignetere Zeit und eine fähigere Regierung den Anschlußgedanken verwirklicht." (Schausberger, S. 88)

1921: "Reichsaußenminister Simon wies deutsche Diplomaten an: >Bitte, sorgfältig Anschein vermeiden, als ob wir Anschluß betrieben. (...) Anschlußwunsch aber muß aus innen- und außenpolitischen Gründen von Österreich ausgehen.<" (Schausberger, S. 99)

1927: In einer Denkschrift des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, der u.a. von der deutschen Industrie finanziert wurde, geht es darum, "deutsche Expansionsziele mit europäischer Phraseologie zu lancieren" (Schausberger), d.h., "in internationalem Gewande an die Öffentlichkeit zu treten, dabei aber einen Weg zur Verwirklichung des großdeutschen Gedankens" zu verfolgen. (Schausberger, S. 144)

1927: Georg Gothein von der Demokratischen Partei, früher kurz Reichsminister, vor sächsischen Wirtschaftskreisen: "Dieses Mitteleuropa, wie wir es uns vorstellen, kann aber nur in Etappen erreicht werden. Die erste Stufe dürfte die wirtschaftspolitische Angliederung Österreichs an Deutschland sein unter allmählichem Abbau der Zollschranken zwischen beiden Ländern."

(Schausberger, S. 168)

1928: "In seinem von der (österr.-deutschen) Arbeitsgemeinschaft und dem (österr.-deutschen) Volksbund (beide finanziell kräftig aus dem Deutschen Reich unterstützt) geförderten Werk >Österreichs Weg zum Anschluß - Die Frage der Wirtschaftsangleichung Deutschlands und Österreichs als Vorbereitung des politischen Anschlusses< konnte Gerhard Höper bereits feststellen: >Man kann getrost sagen, daß die österreichische Schwerindustrie, die Elektroindustrie und die Papierindustrie bereits angeschlossen sind.<"

(Schausberger, S. 163)

1930: Reichsaußenminister Curtius: >Das Nächstliegende sei die Schaffung eines Blocks zwischen Deutschland und Österreich. Für die Verwirklichung dieses Gedankens soll man nach seiner Auffassung die notwendigen Voraussetzungen auf der ganzen Linie umso mehr schaffen, als dieses Ziel vor allem auch unter den Wirtschaftskreisen verfolgt werde.< (Schausberger, S. 171)

1930: Deutscher Industrie- und Handelstag: "Das regere Interesse deutschen Kapitals an Österreich bringt eine Verflechtung des Wirtschaftslebens beider Länder mit sich, die nur zu begrüßen ist. Die Folge wird eine wachsende Gemeinsamkeit der beiden Volkswirtschaften gesteckten Ziele sein, die den Boden für die Lösung späterer Fragen günstig vorbereitet."

(Schausberger, S. 181)

1931: In einer Aufzeichnung Bülow's vom 17.1.1931 heißt es nach einem Treffen des Reichsaußenministers Curtius mit dem österr. Außenminister Schober: "Herr Curtius hat bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß nicht Deutschland die anderen Mächte, etwa Frankreich, zuerst unterrichten könne, um nicht den Anschein zu erwecken, daß die Anschlußfrage aufgeworfen werden solle. Die Initiative müsse daher von Österreich

ausgehen. Es würde sich empfehlen, die Aktion in den Rahmen Paneuropas zu stellen." (*Schausberger*, S. 186)

1931: Zu Gesprächen in Wien hatte der Reichsaußenminister "Bemerkungen zur Anschlußfrage und ihrer Behandlung in Gesprächen mit österreichischen Politikern" vorbereitet, in denen es u.a. heißt: "Der Anschluß ist ein selbstverständliches Ziel der deutschen Politik." (*Schausberger*, S. 186)

(Heute noch will man, wir sollten allen diesen Dokumenten zum Trotz glauben, *die Österreicherinnen und Österreicher* hätten den Anschluß gewollt. Das ist notwendig, weil auch heute wieder mit dem Mittel, *wir seien es*, die zur "EG" wollten, gearbeitet werden muß.)

Über den Krieg Deutschlands gegen Österreich unter Hitler, der sagte, "Österreich muß vom Reich aus neu kolonisiert werden. Es ist höchste Zeit, daß es geschieht.", erübrigt sich jeder Satz.

Bezeichnenderweise wurde die Überfallspolitik des Nationalsozialistischen Deutschlands auch wieder "europäisch" getarnt. Goebbels gab die Losung von der "Neuordnung Europas" aus. 1943 erschien in Berlin bereits in 2. Auflage ein Buch mit dem Titel "Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft" (!), das zehn Vorträge von Reichsministern, Industriemanagern und Bankdirektoren zur künftigen europäischen Wirtschaftspolitik enthält. Ein Ministerialdirektor Beisiegel schreibt da: "Europa ist erwacht, der Gedanke eines geeinten Europa marschiert und ist nicht mehr aufzuhalten. Immer mehr zeichnet sich der Großwirtschaftsraum ab, innerhalb dessen die Völker Europas ihr Schicksal in die Hand nehmen und meistern wollen." Da ist kein Gebiet - von der "Europäischen Landwirtschaft" bis zur "Europäischen Industriewirtschaft", vom "Arbeitseinsatz in Europa" bis zu den "Europäischen Währungsfragen", von den "Europäischen Handels- und Wirtschaftsverträgen" bis zu den "Europäischen Verkehrsfragen" - ausgelassen, das heute in Brüssel von Bedeutung ist. Die Methoden mögen sich zeitweilig unterscheiden. Die Ziele sind immer die gleichen. 1944 verfaßt Richard Riedl, Beamter im Reichswirtschaftsministerium, die Denkschrift "Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis europäischer Staaten." Deutschland, heißt es da, müsse "Fahnenträger eines neuen Europa", einer "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" sein.

"Der Anschluß ist ein selbstverständliches Ziel der deutschen Politik"

Weder ist mit 1945 die imperialistische Europa-Idee begraben worden, noch ist mit dem verlorenen Krieg der Hunger Deutschlands erloschen. So traf am Tag nach der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages im Jahre 1955 aus Bonn statt eines Glückwunschschreibens ein Protestschreiben ein, wobei die Regelung des sogenannten "Deutschen Eigentums" den Vorwand lieferte, das Mißfallen an der Unabhängigkeitserklärung Österreichs kundzutun. Der deutsche Botschafter war bereits am 14. Mai aus Wien zurückberufen

worden! Bruno Kreisky erinnert in seinen Memoiren "Zwischen den Zeiten" an die Berliner Konferenz im Februar 1954: "Auf deutscher Seite setzte der Leiter der deutschen Delegation, Herr Blankenhorn, alles daran, einen österreichischen Staatsvertrag zu verhindern."

Der Beschluß der Neutralität am 26. Oktober 1955 durch den österreichischen Nationalrat war dann der schwerste Schlag, den Österreich dem deutschen Ausdehnungsdrang versetzen konnte. Der Pressechef der deutschen Bundesregierung "teilte (bereits) 1954 Außenminister Leopold Figl die Bonner Bedenken gegen eine >Neutralisierung< Österreichs mit", schreibt E. Washietl in "Österreich und die Deutschen" (1988). In einer internen Beurteilung durch den deutschen Legationsrat Knoke vom 7. November 1955 heißt es: "Eine neue Lage in den deutsch - österreichischen Beziehungen ist durch das Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages eingetreten. Wie ein roter Faden zieht sich durch diesen Vertrag der Niederschlag der alliierten Absicht, einen tiefen Graben zwischen Deutschland und Österreich aufzuwerfen." Über den Artikel 4 (Anschlußverbot) liest man: "diese Bestimmung hängt wie ein Damoklesschwert über jeder zukünftigen nennenswerten deutschen Kapitalbeteiligung in Österreich." "Diese Deutschland diskriminierenden Bestimmungen des Staatsvertrages", heißt es weiter, "erschweren, nüchtern und objektiv gesehen, auch bei Vorliegen des besten Willens der österreichischen Regierung, in außerordentlichem Maße eine wirklich freundschaftliche Ausgestaltung der Beziehungen zu Österreich." (Washietl, *Österreich und die Deutschen*)

Zwei Tage später hält derselbe Knoke unter der amtlichen Zahl 304.211-00/94.19/1814/55 die Auffassung, daß eine Anerkennung der österreichischen Neutralität durch die BRD nicht ratsam ist, fest: "Würde es zu einem militärischen Konflikt zwischen NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages kommen, so würden zwingende militärische Gründe die Besetzung Westösterreichs erforderlich machen (Herstellung der direkten Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Italien). Würde die Bundesrepublik, deren Streitkräfte in einem solchen hypothetischen Fall voraussichtlich als erste westösterreichisches Gebiet besetzen müßten, im Spätherbst 1955 die Erklärung abgegeben haben, daß sie die österreichische Neutralität anerkenne oder achte, so würde sich die Bundesrepublik mit Recht den Vorwurf machen lassen müssen, daß sie wie im Falle Belgiens im Jahre 1914 eine völkerrechtliche Verpflichtung gebrochen habe. Die nicht von vornherein auszuschließende Möglichkeit der künftigen historischen Entwicklung im vorstehend skizzierten Sinn könnte es nahelegen, sich für die schwächste Form, das heißt die Kenntnisnahme der österreichischen Neutralitätserklärung zu entscheiden." (Washietl, *Österreich und die Deutschen*)

Was hat sich geändert?

Das bricht nicht ab und hört nicht auf in Deutschland. Der Kapitalismus kann dauerhaft nicht anders gesättigt werden als durch Annexion! Das bekommt einen anderen Titel, das wird mit anderen Mitteln zu erreichen versucht.

In einer Nummer des Düsseldorfer *Industriekurier* konnte man 1958, ein Jahr nach Gründung der "EWG", lesen: "Der zweite deutsche Staat ist in Wahrheit Österreich; denn hier wohnen deutsche Menschen wie wir. Aber der Anschluß interessiert nicht mehr, seitdem es eine europäische Politik gibt, die darauf hinzielt, die Grenzen im alten Abendland unsichtbar zu machen." Und derzeit führt die CDU/CSU einen Europawahlkampf unter dem Slogan "Deutschlands Zukunft heißt Europa"! (Inserat in *Die Zeit*, 27.1.1989)

Es mag manchem noch erinnerlich sein, wie der deutsche Kanzler in die Bundespräsidentenwahl in Österreich eingegriffen hat: "Wenn ich Östreischer wäre, ich wüßte, wen wählen!" Er bezeichnete Waldheim, der 1938 im allerersten Augenblick von der österreichischen auf die anti-österreichische Seite übergewechselt hat, als "großartigen Patrioten", "der aus einer Generation kommt, die das Auf und Ab dieses Jahrhunderts und der gemeinsamen deutsch-österreichischen Geschichte miterlebt und miterlitten hat" (*Frankfurter Rundschau*, 28.4.1986). Die gemeinsame deutsch-österreichische Geschichte, an die Kohl hier erinnert, das ist die Zeit, in der es Österreich nicht gab. Der alte Anspruch Deutschlands auf Österreich, der neue, der ewige, wird angemeldet.

Die Geschichtsforscher können mit Schriftstücken aus Archiven die wirklichen Ziele der Politik, die versteckten, sichtbar machen. So ist die Anschließpolitik Deutschlands alle die Jahrzehnte herauf erdrückend beweisbar. Uns, die wir uns mit der Gegenwart beschäftigen, sind die geheimen Depeschen zwischen Botschaft und Außenamt, die vertraulichen Denkschriften, die Protokolle der Kanzlergespräche nicht zugänglich. Wir sind auf das wenige an die Öffentlichkeit Dringende angewiesen. Aber auch daraus ist die Anschließpolitik der BRD erschreckend ablesbar.

Von Einsagern und Nachsagern

Wieder oder noch immer unternimmt Deutschland, das sich dieses Österreich dazunehmen will, alles, um den Anschein zu erzeugen, Österreich selbst wünsche den Anschluß. Wie wir gesehen haben, wird heute wieder - wie in den 20er und 30er Jahren - mit Geldern der deutschen Industrie, die zumindest über die sogenannte *österreichische* Industriellenvereinigung an die "Europapartei" ÖVP und die klassische großdeutsche FPÖ gehen, in Österreich für den Anschluß, der "EG-Anschluß" heißt oder noch zynischer "EG"-Beitritt", Stimmung gemacht. Es ist noch erinnerlich, wie im Zuge des Flick-Skandals bekannt geworden ist, daß Herr Flick auch den Salzburger Landeshauptmann W. Haslauer und dessen Partei mit hübschen Summen unterstützt hat. Um das heiße Verlangen der BRD, die sich hier wieder hinter der "EG" versteckt, zu verbergen, sagt der deutsche Botschafter in Wien, der gleichzeitig der "EG"-Botschafter in Wien ist, Michael Goppel, auf die scheinheilige Frage, ob denn überhaupt ein Interesse der "EG"-Staaten an Österreich bestehe: "Die Frage ist nicht richtig gestellt: es geht nicht darum, ob die EG ein Interesse an Österreich hat, sondern umgekehrt."

Es geht darum, an die Stelle der Einverleibungsgelüste der BRD die Gelüste des Einverleibtwerdens Österreichs zu setzen. Daß Deutschland Österreich wieder haben will, ist noch nicht die Tragödie. Die Tragödie ist, daß unser Land von solchen Leuten gelenkt wird, die es Deutschland wieder ausliefern wollen. Der Generaldirektor der >Ersten Österreichischen Sparkasse<, Hans Haumer, setzt das von Goppel Geforderte gleich um, wenn er den Österreichern via *Profil* (4.5.1987) erklärt: "Zum Unterschied davon braucht die EG Österreich nicht. Wir spielen im Außenhandel der Gemeinschaft mit knapp zwei Prozent Anteil nur eine Rolle am Rande." *Österreich will*, das ist die



Das Zentralorgan des deutschen Finanzkapitals bringt es genau umgekehrt an die Öffentlichkeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.1987

Botschaft, die er mit dreistesten Verdrehungen vermitteln muß. Die Wahrheit: "Österreich ist mit einem Anteil von 5,65% an den EG-Exporten ... der drittstärkste Exportmarkt für die EG im Jahre 1986." (Hummer/Schweitzer im Prospekt zur >Nova-West<, Dezember 1987) Auch der Vorstandsvorsitzende der Neusiedler AG, Manfred Leeb, versuchte kürzlich dieser Umkehrung zu dienen, indem er behauptete, "daß für die Österreicher der Beitritt zur europäischen Gemeinschaft notwendiger ist, als für die EG die Teilnahme Österreichs". (*Presse*, 13.2.1989)

Wieder wird wie in den 20er und 30er Jahren die Lügenpropaganda nach Österreich hereingetragen, unser Land sei ohne Anschluß an die "EG" nicht lebensfähig. Es war immer schon ein Mittel der Kolonialpolitik, die kleinen Länder damit zu erschrecken, sie könnten alleine nicht existieren. Die Parole "Ein kleines Land ist wirtschaftlich und politisch nicht lebensfähig", die in Österreich ausgegeben ist, ist die einfache Umkehrung der politischen Maxime: "Ein großes Land muß andere Länder beherrschen!"

Weil im Grunde in Deutschland noch dasselbe System, wenn auch weiter entwickelt, wie vor vierzig, fünfzig, sechzig, siebzig Jahren besteht, deshalb sind auch die Ziele dieser Politik im Grunde dieselben geblieben und die Mittel, sie zu erreichen. Ein deutscher Abgeordneter im Europäischen Parla-

ment, H.J. Zahorka, der sich gern als Vertreter der österreichischen Interessen bei der "EG" bezeichnet, warnt Österreich davor, "in eine fatale Isolation zu gelangen", wenn es sich nicht an die "EG" hängt: "Dann wird es für Österreich wirtschaftlich und politisch zappenduster." (*Presse*, 17.9.1988) Die solcherart wieder aus dem Ausland hereingetragene Legende von der Lebensunfähigkeit findet - und das ist erst das Verhängnis für Österreich - in unserem Lande genügend Papageien. Die Tiroler Handelskammer ließ im Frühjahr 1988 landesweit ein "EG"-Anschluß-Plakat affichieren, auf dem gedroht wurde: "Als Ausgesperrte wären wir wohl kaum lebensfähig." (Ausführlich über die österreichischen Handlanger im nächsten FOEHN.)

Was sie nicht verbergen können

Auch wenn es nach dem Gesagten keiner weiteren Beweise mehr für die Gier Deutschlands nach Österreich bedarf, werden sie uns dennoch laufend geliefert. "Österreichs Beitritt wäre eine >wertvolle Ergänzung< für die EG, erklärte der Fraktionsvorsitzende der europäischen Volkspartei im Europaparlament, Egon Klepsch (Bundesrepublik Deutschland), bei der ÖVP-Klubklausur in Villach." (*TT*, 25.10.1988) Ein anderes Mitglied des Europäischen Parlaments, der bereits erwähnte Hans-Jürgen Zahorka, rät Österreich in einem Vortrag vor den steirischen Industriellen, "die österreichische >immerwährende Neutralität< selbstkritisch zu hinterfragen" und tut kund: "Österreich läuft hier Gefahr, sich in anachronistischer Weise zu isolieren." Und: "Es wäre zumindest aus integrationspolitischer Hinsicht wünschenswert, wenn in Österreich Politiker - auch wenn sie zuerst dafür kritisiert werden - sich für einen EG-Beitritt >aus dem Fenster hängen< würden." (*Die Steirische*, 28.4.1988) Der *Presse* vom 19.1.1989 entnehmen wir: "Sehr positiv zu einem eventuellen Beitritt Österreichs äußerte sich der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der westdeutschen CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Rudolf Seiters, vor Journalisten in Wien. Ein Beitrittsantrag Österreichs zur EG liege im >gesamteuropäischen Interesse<. Seiters versicherte, dies sei die Position seiner Partei und die der Bonner Regierung."

Weiter. Nach einem Besuch des bayrischen Staatsministers und Leiters der Bayrischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, in Wien titelt die *Neue Tiroler Zeitung* (27.9.1988): "Stoiber: >Österreich soll zur EG<". Aber auch die Politiker der anderen Bundesländer der BRD sind scharf auf Österreich. "Entschieden positiv äußerte sich der Ministerpräsident des westdeutschen Bundeslandes Baden-Württemberg und CDU-Spitzenpolitiker Lothar Späth über Österreichs Bestrebungen, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten." (*Standard*, 8.11.1988) Die ÖVP Steiermark hat sich zu ihrem Europa-Kongreß den hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann kommen lassen, der dann sagt: "Sollte sich Österreich zum EG-Beitritt entschließen, dann werden wir es von Herzen willkommen heißen." (*Kurier*, 23.10.1988) Und der (damalige) Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, läßt wissen: "Ich glaube, die BRD hat Interesse daran, Österreich so nahe wie möglich an die EG heranzuführen und wenn Österreich das möchte, auch den Beitritt zu befürworten." (*Oberländer Rundschau*, 18.8.1988)

Immer wieder, so heiß der Anschluß Österreichs auch begehrt wird, muß in einem Nebensatz die Initiative, die eindeutig auf deutscher Seite ist, Österreich zugeschoben werden. So meint der außenpolitische Chefberater des deutschen Bundeskanzlers, Horst Teltschik, betont unterkühlt: "Österreich weiß, daß ein solcher Antrag, wenn es ihn stellt, nicht an der Bundesrepublik scheitern wird. Aber wir sind der Auffassung, daß dies zunächst eine österreichische Angelegenheit ist, in die wir uns nicht einzumischen haben." (*Profil*, 4.7.1988) Fast aufs Wort decken sich diese Äußerungen mit den öffentlich abgegebenen Beteuerungen deutscher Staatsmänner in den 20er und 30er Jahren. Auf die Spitze zu treiben versteht dieses Spiel der deutsche Bundeskanzler Kohl. Bei einem Treffen mit Vranitzky soll er laut *Kurier* vom 21.8.1986 Österreich "quasi im Gegenzug für ein Stillhalten im Fall Wackersdorf" angeboten haben, daß die BRD "die stärkere Integration Österreichs in die EG stark unterstützen will". (Diese Taktik erinnert an die jener schlauren Bäuerin, die ihrer Nachbarin das folgende Angebot gemacht hat: "Du laßt mir meine Krapfen in dein Schmalz außerbacken und i laß dir dafür dein Speck bei mein Kraut sieden.")

Noch ein Hinweis auf das Falschspiel des deutschen Bundeskanzlers mit Österreich. Während er gegenüber allen möglichen Staaten, so z.B. sogar gegenüber Kanada, erklärt hat, "daß die Europäische Gemeinschaft auch nach Verwirklichung des Binnenmarktes uneingeschränkt für Kanadas Exportwirtschaft offenbleiben werde" (*Süddeutsche Zeitung*, 18.6.1988), hat er ein solches Wort in Richtung Österreich tunlichst vermieden, um die Dreckarbeit jener nicht zu gefährden, die hier mit der Lüge von der Einigung der "EG" ("Festung Europa") Angst und Schrecken verbreiten und so den Anschluß vorbereiten sollen.

Für die BRD ist Österreich immer noch kein Land wie jedes andere, sondern (genauso wie die DDR) immer noch eines, das ihr weggenommen worden ist. Daraus erklärt sich der hohe Einsatz um den Anschluß Österreichs.

In der wirtschaftlichen Beherrschung der "EG" durch Deutschland sehen die anderen "EG"-Staaten ohnehin eine große Gefahr, und so verfolgen sie den Expansionsdrang der BRD mit Argwohn. Natürlich ist ihnen das massive versteckte Werben um Österreich nicht verborgen geblieben. Gemeinsam haben sie Ende 1988 einen deutschen "EG"-Präsidenten Bangemann verhindert und dann ihren alten Präsidenten, den Franzosen Delors, dazu gebracht, einem Anschluß Österreichs eine klare Abfuhr zu erteilen. Trotzdem, und ihre wirtschaftliche Macht gibt ihr politisch Chancen, läßt die BRD nicht ab von Österreich. Der Vorsitzende des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Hans Stercken (CDU), räumt ein, daß "der Erweiterungsgedanke nicht nur mit positiven Erinnerungen befrachtet" sei. "Da könnte natürlich sein, daß bei den Franzosen noch andere Gründe eine Rolle spielen, Vorbehalte, Ressentiments. Dann müssen wir Deutschen mit unserem Gewicht sagen, es ist ein politisches Interesse, daß die Außengrenze der Gemeinschaft an der österreichisch-ungarischen und nicht an der deutsch-österreichischen Grenze liegt." (*Presse*, 8.5.1988) Gaston Thorn, z.B., der vormalige "EG"-Kommissions-Präsident,

findet es durchaus "verständlich, daß es in der Gemeinschaft Stimmen gibt, die sagen, Österreich sei eine Verlängerung des deutschen Wirtschaftsraumes." (*Standard*, 28.11.1988)

Je mehr sie sich buckn, desto mehr sieht man 'n Hintern!

Als sich im Sommer 1988 ein führender westeuropäischer Politiker um den anderen - meist mit dem Vorwand der Neutralität - ablehnend zu einem Anschluß Österreichs äußerte, sah sich das Bundeskanzleramt in Bonn gezwungen, eine Erklärung zu veröffentlichen mit dem Titel: "Österreich ist uns willkommen!" Der Staatsminister im deutschen Bundeskanzleramt, Lutz Stavenhagen, dazu: "Es ist der offizielle Standpunkt der deutschen Regierung, daß Österreich in die EG können soll, wenn es das will." (*Neue Volkszeitung*, 3.9.1988) Diese mit dem offiziellen Briefkopf des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung verbreitete Erklärung führte in den "EG"-Staaten zu beträchtlicher Aufregung. Während der eher diplomatische Regierungsflügel dieses Vorpreschen noch als Privatmeinung eines Staatsministers abzutun versuchte, legte der Regierungssprecher Friedhelm Ost im Bewußtsein der Macht der BRD noch ein Schäufelchen nach: "Stavenhagen ist Mitglied der Bundesregierung. Ich denke, er hat in dem Beitrag auch wiedergegeben, wie die Bundesregierung bezüglich der Diskussion in Österreich über den EG-Beitritt denkt." (*Presse*, 9.9.1988)

Deutschland will Österreich wiederhaben, erstens. Zweitens haben wir gesehen, daß die Konzerne, die die "EG" beherrschen, und zwar alle, englische wie französische, belgische wie italienische, deutsche wie holländische, Österreich in der "EG" haben wollen. Drittens arbeiten die westeuropäischen Militärs auf die Eingliederung Österreichs hin, wie im nächsten Heft vorgezeigt wird.

Aber die westeuropäischen Politiker wollen ihn nicht, ausgenommen die deutschen und einige der von diesen abhängigen, weil er das schon wieder dominierende Deutschland weiter stärken würde. Als der österreichische Finanzminister vor einigen Monaten zur Koordinierung der österreichischen Finanzpolitik mit der deutschen Gespräche mit dem Bonner Finanzminister führte, waren diese "von der Befürchtung beider Seiten geprägt, nur die Bundesrepublik könnte einen österreichischen EG-Beitritt begrüßen, während die anderen Mitglieder neutral bis skeptisch blieben. (...) >Wir müssen den Eindruck vermeiden, als käme Österreich nur im Schlepptau der Deutschen hinein<, hieß es. Deshalb dürfe sich die Bundesrepublik auf keinen Fall in die Diskussion einschalten." (*Presse*, 12.9.1988)

Ist Österreich ein Satellitenstaat der "EG"?

Zu sagen, Österreich sei mit den "EG"-Ländern wirtschaftlich "verflochten", heißt lügen. Das Wort, das das Verhältnis bezeichnet, ist: Abhängigkeit. Österreich ist, der Begriff ist häßlich, der Zustand noch viel mehr, eine Halb-Kolonie.

Sag's nur ich? Nein, es sagen dies politische Vertreter der herrschenden Klasse in Österreich. Solche, die, nebenbei gesagt, von höchsten Positionen aus, von höchstdotierten, tatkräftig mitgeholfen haben, Österreich auszuliefern. Es sagt der frühere Parteiobmann der ÖVP, Josef Taus: "Wir müssen uns langsam überlegen, ob nicht Teile der österreichischen Wirtschaft Österreich gehören sollen." Er weist darauf hin, "daß rund 45 Prozent der heimischen Industrie in ausländischem Besitz sind" und warnt Österreich davor, "in die Eigentumsstruktur eines Schwellenlandes gedrängt zu werden". (*Standard*, 16.11.1988) Es sagt der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, Heinz Kienzl: "Österreich ist die Heimat von verlängerten Werkbänken der Konzerne der Europäischen Gemeinschaft." (*Arbeit & Wirtschaft* 4/1988) Es sagt der Wirtschaftsbundfunktionär und Wiener ÖVP-Obmann Erhard Busek: "Wir laufen ja schon heute Gefahr, daß unsere Industrie zur verlängerten Werkbank anderer wird." (*Salzburger Nachrichten*, 24.12.1988) Es sagte sogar der Parteiobmann der ÖVP, Alois Mock: "Wenn sich 29,7 Prozent der österreichischen Wirtschaft heute in ausländischen Händen befinden, sollte uns dies alarmieren." (*Presse*, 28.10.1985; Inzwischen ist ein weit höherer Anteil in ausländischen Händen, aber er alarmiert den Außenminister nicht mehr.) Und es sagt der frühere Außenminister Erwin Lanc: "Das ist eine Frage einer halbkolonialen Ausbeutung des Hauptlieferlandes Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Großabnehmerland Österreich." Und weiter: "Wir werden ausgenommen nach Strich und Faden, ich könnte dafür Beispiele anführen." (*ORF, Journal-Panorama*, 22.6.1988)

Die "Exportorientierung" der österreichischen Wirtschaft ist *ein* besonderer Ausdruck des Status Österreichs als westliche Halb-Kolonie. Ganz im Gegensatz zur herumerzählten Lüge von der Exportstärke Österreichs "liegt die Exportquote im Vergleich zu anderen Ländern nur im unteren Mittelfeld". Wie es einem halb-kolonialen Land geziemt, haben wir "eine unterentwickelte Exportquote von 25 Prozent unserer gesamten Wirtschaftsleistung" (*Tirols Wirtschaft*, 3.9.1988). Diese Exporte aber sind, wie es zur starken Abhängigkeit gehört, "sehr einseitig auf den westeuropäischen Raum konzentriert" (*Tirols Wirtschaft*). Von 100 Importen kommen 68 aus der "EG", von 100 Exporten gehen 63 in die "EG". Wobei zudem von 100 Importen aus der "EG" nur 73 durch Exporte gedeckt sind. Österreich wird als Käufer ausgenutzt. Daraus entsteht ein riesiges Handelsbilanzdefizit Österreichs mit der "EG" in der Höhe von jährlich zuletzt 83 Milliarden Schilling. 83 Milliarden Schilling, mit denen Österreich die "EG"-Wirtschaft unterstützt. Österreichischerseits "die besten Aussichten hätten laut Analyseergebnis die Handelsbeziehungen zu den skandinavischen Ländern: In Norwegen, Schweden und Dänemark würden die österreichischen Erzeugnisse den größten Anklang finden" (*TT*, 6.5.1988).

Aber der österreichische Außenhandel ist mehrheitlich in den Händen der "EG"-Länder. Warum? Während 64.000 österreichische Gewerbebetriebe 1987 ganze 4,5 Prozent ihrer Waren exportiert haben (in die EG gar nur 2,5

Prozent), stehen hier Tochterbetriebe ausländischer Konzerne, deren Produktion zu durchschnittlich 85 Prozent in den Export geht. Zum Beispiel General Motors führt die 348.000 in Aspern erzeugten Motoren und die 487.000 dort erzeugten Getriebe beinahe zur Gänze nach Spanien aus. Und von den Ausfuhren wieder gehen vielfach, wie bei Philips in Österreich, 85 Prozent des Exports in die "EG". An die "EG" gekettet werden wir also von den nach Österreich geholten Multis.

Alles, was wir gnädigst in die "EG" exportieren dürfen, wird uns mit noch mehr Importen heimgezahlt. Dafür daß wir für 100 Schilling in die "EG" exportieren dürfen, müssen wir für 128 Schilling Waren aus der "EG" kaufen. Österreich ist eine Halb-Kolonie.

Was sie "Zusammenarbeit" heißen

Einen großen Teil der Im- und Exporte in Westeuropa machen heute Lieferungen von Konzernmüttern an Konzerntöchter, von Konzerntöchtern an Konzernmüttern und von Konzerntöchtern an Konzernmüttern aus. Die Lieferungen der 100 größten Konzerne in der "EG" von einem Standort einer Firma zu einem anderen Standort derselben Firma machen heute bereits ein Drittel der Exporte der "EG"-Länder untereinander aus. (*Industrie*, 16.5.1984) Belgiens Außenhandel wird zu einem Viertel von den Lieferungen zwischen Ford in Köln und den Ford-Werken in Belgien bestritten. Und so führt auch die ausländische Industrie in Österreich drei Viertel der Vorprodukte ein (*Informationen über multinationale Konzerne*, 3/1988). Laut einer Untersuchung der Deutschen Handelskammer in Österreich importierten gar von 107 befragten deutschen Unternehmen in Österreich 99 Vorprodukte aus der BRD.

Unser Außenhandel ist wie der einer Kolonie gekennzeichnet dadurch, daß Österreich in hohem Maße Rohstoffe ausführt, ist wie der einer Kolonie gekennzeichnet dadurch, daß wir von Importen überflutet werden und ist wie der einer Kolonie gekennzeichnet dadurch, daß ausländisches Kapital hereinströmt und die Industrie an sich reißt.

Heute wird die "hohe Auslandsverflechtung" als Argument für den totalen Anschluß an die "EG" verwendet, logischerweise ausgerechnet von denen, die alles dazu getan haben, daß Österreichs Wirtschaft wieder in den Klauen des ausländischen Kapitals gelandet ist. Damit wird vor allem der ausländischen Industrie in Österreich, die tatsächlich auf den Export angewiesen ist, sowie ausgesprochenen Zulieferbetrieben ausländischer Konzerne das Wort geredet. Dabei wird gelogen, daß sich der Giebel der Tiroler Handelskammer biegt: "Fakten zählen für viele nicht. Daß nämlich Österreich zu rund zwei Drittel seiner Wirtschaft schon jetzt völlig mit der EG verflochten ist." (*Wirtschaftsmagazin*, Zeitschrift des Tiroler Wirtschaftsbundes, 12/1988) Wahr ist: Zwei Drittel des Exports von Österreich gehen in die "EG", das ist ca. ein Sechstel "seiner Wirtschaft". Die Vertreter der zigtausend kleinen Unternehmer schrecken vor keiner Täuschung zurück, wenn es darum geht, die Interessen der großen in- und ausländischen Wirtschaft und der ihnen ausgelieferten Zulieferbetriebe durchzusetzen.

“Exportorientierte Wirtschaft” heißt da so pompös, was in totale Abhängigkeit getriebene Zulieferindustrie ist. Statt an Exportstärke sollten wir da mehr an kolonialen Status denken, an zigtausend österreichische Gastarbeiter im eigenen Land. Daß der österreichische Zulieferindustrie-Präsident Peter Mitterbauer einer der allerlautesten Anschluß-Polterer ist, erklärt sich aus seinem Sklavengewerbe.

Die Exportkonkurrenz, die heute beschworen wird, ist hauptsächlich die anderer europäischer Halb-Kolonien. Ist es die Montageindustrie Belgiens oder die Bauteile-Produktion Portugals oder die Lohnfertigung in Irland oder doch die Zulieferindustrie Österreichs, die den Multis willigere Arbeitskräfte und billigere Halbfertigprodukte, fettete Subventionen und nettere Steuerergeschenke verschafft, darum geht es. In Irland arbeiten bereits 40 Prozent aller gewerblich-industriellen Arbeitskräfte in ausländischen Unternehmen und stellen 80 Prozent der irischen Exportgüter her. Das ist die Konkurrenz, in die die “EG”-Schreier die Menschen in diesem Land hineinhetzen wollen.

Einer Kolonialmacht steht es zu, ihre Kolonien zur Abnahme ihrer Produkte zu zwingen. Die “EG”-Wirtschaft hat seit dem “Freihandelsvertrag” mit Österreich 1972 dieses Land mit Importen derart überschwemmt, daß viele österreichische Betriebe in den Export getrieben wurden. Zum Beispiel wurde die einstmalige starke österreichische Textilindustrie durch Billigstimporte gezwungen, ihre Ware zum größten Teil im Ausland abzusetzen bzw. ihre Betriebe zu schließen oder herzugeben. Auch hier ist die “Ausfuhrstärke” ein Merkmal der Beherrschung Österreichs durch das ausländische Kapital. Damit die Privat-Industrie in Österreich, oft genug die ausländische, ihre Exporte in die “EG” ausweiten konnte, mußten die Exporte der Verstaatlichten



Beispiel Energie: Wer verfügt über die Tiroler Wasserkraft? (Ein Blick auf den TIWAG-Parkplatz in Innsbruck)

Industrie und der Landwirtschaft, beides direkte Opfer der "EG"-Verträge von 1972, stark eingeschränkt werden. Die Vernichtung der Verstaatlichten Industrie und die Auszehrung der österreichischen Landwirtschaft kommen nicht von ungefähr, sondern sind der Preis für die Exportgeschäfte der großen Exporteure. Die gigantischen Überschüsse von Agrarimporten aus der "EG", die hundertausende österreichische Bauern in den Ruin getrieben haben, haben andererseits der großen privaten in- und ausländischen Industrie stetige Zuwächse bei den Exporten in die "EG" ermöglicht.

Auch der Hinauswurf der Verstaatlichten Industrie aus den internationalen Märkten war das gemeinsame Werk der großen Industrie der "EG" und der großen in- und ausländischen Industrie Österreichs. Den "EG"-Konzernen wurde ein großer Konkurrent auf den Märkten aus dem Wege geräumt und der Exportindustrie in Österreich wurde Platz für eigene Exporte geschaffen. Die völlige Beherrschung der Aufsichtsräte der Verstaatlichten Industrie heute durch Vertreter deutscher Konzerne, westeuropäischer Industrie-Töchter in Österreich und solcher der österreichischen Privatindustrie erklärt alles.

Aber auch, daß die österreichische Wirtschaft von der "EG" abhängig ist, ist erst die halbe Wahrheit. Die ganze ist: Österreich ist vor allem zu einem Anhängsel der deutschen Wirtschaft gemacht worden. Von 100 österreichischen Exporten in die "EG" gehen 55 in die BRD und von 100 Importen aus der "EG" kommen 68 allein aus der BRD. Mehr als 44 Prozent von dem, was Österreich insgesamt importieren muß, muß es aus der BRD importieren, und 34,8 Prozent von dem, was aus Österreich ausgeführt wird, wird in ein einziges Land ausgeführt, nämlich in die BRD. Jeder Österreicher und jede Österreicherin nimmt heute im Durchschnitt der BRD jährlich Waren um 24.029 Schilling ab. Dazu kommen natürlich noch die Direktkäufe der Österreicherinnen und Österreicher von den vielen deutschen Firmen in Österreich. In der BRD allein sind 350.000 Menschen mit der Herstellung von Waren beschäftigt, die wir von dort importieren. Österreich ist eine Halb-Kolonie der Bundesrepublik Deutschland. Die sklavische Bindung des Schillings an die DM bedeutet, daß die österreichische Währungspolitik in Frankfurt gemacht wird. Die Folge ist eine Verteuerung der österreichischen Exporte in alle jene Länder, die eine schwächere Währung als die BRD haben, also in alle übrigen Länder, und somit eine verstärkte Auslieferung Österreichs an die BRD. Österreich ist eine Halb-Kolonie der BRD. Deutschland nimmt aus dem Handel mit Österreich mehr ein als aus dem Handel mit allen Ostblockländern zusammen. Während Österreich der BRD etwas um 100 Schilling verkauft, hat Österreich von ihr bereits um 170 Schilling eingekauft. Das nennen sie "Verflechtung". Allein der Gewinn der BRD aus dem Handel mit Österreich deckt ihr gigantisches Defizit im Handel mit Japan zu drei Viertel ab! Der Differenzbetrag, den Österreich mehr für die Importe aus der BRD bezahlt als die österreichischen Exporteure (darunter viele viele Ausländer) von der BRD einnehmen, erreicht inzwischen jedes Jahr siebzig Milliarden Schillinge. Jedes Jahr siebzig Milliarden Schillinge. Welche Verschleuderung des österreichischen Volksvermögens im Laufe der Jahre! Österreich ist eine halbe Kolonie der BRD.

Was ist los in Europa?

Es ist etwas passiert in Europa. Wir leben noch in Tirol, aber in einer anderen Welt.

Beispiel: Die 250 größten Industriebetriebe der BRD machen 80 Prozent des Umsatzes der gesamten westdeutschen Industrie. Die fünfzig größten allein haben einen Anteil von fast 59 Prozent. Einige hundert Großbetriebe sind alles, hunderttausende Kleinbetriebe sind nichts. Beispiel: Vom Umsatz des bayrischen Lebensmitteleinzelhandels wanderten 1987 mehr als 60 Prozent in die Kassen der zehn größten Unternehmen. Österreich: Von 1000 Schillingen, die wir in Lebensmittelläden lassen, gehen 984 an eine der zehn großen Ladenketten. Die freie Konkurrenz hat zu einer gewaltigen Konzentration bei den Herstellern und beim Handel geführt. Die einzelnen Wirtschaftszweige werden in allen Industriestaaten bereits von einigen wenigen Betrieben dominiert. (In der EG macht ein Prozent der im Bereich Elektrotechnik tätigen Unternehmen 72 Prozent des gesamten Umsatzes der Branche.)

Die freie Konkurrenz unter dem Schutz der nationalen Grenzen hat dazu geführt, daß in allen Industriestaaten Giganten entstanden sind, die das wirtschaftliche Geschehen des Landes prägen und dessen Politik nachhaltiger bestimmen als zuständige Ministerien. Dem nationalen Markt entsprachen nationale Firmen und ein nationaler Staat. Nun sind aber diese Giganten, die sich ungehindert ausdehnen konnten und hunderte und tausende Kleinbetriebe vertrieben, erdrückt oder verschlungen haben, an die Grenzen der Möglichkeiten gestoßen. Die ständige Produktionsausdehnung ist keine Boswilligkeit der Unternehmer, sondern ein Zwang, den sie sich durch die Konzentration selbst auferlegt haben. Zuerst war das Hindernis für die Ausdehnung der Konkurrenzbetrieb, jetzt, da sie den innerstaatlichen Markt beherrschen und also ihr Absatzgebiet im wesentlichen erschöpft ist, die nationalen Märkte nicht mehr aufnahmebereit sind, stehen ihrem Ausdehnungsdrang die nationalen Grenzen im Weg. Hemmung der Ausdehnung bedeutet bereits Ruin.

Es ist schwierig: Die Konkurrenz zwingt zur Kostensenkung, zur Rationalisierung. Die Rationalisierung zwingt lebendige Arbeit raus und Maschinen rein. Gewinn aber entsteht nun einmal durch menschliche Arbeit und nicht durch das Laufen von Maschinen. Das heißt, die Profitrate sinkt. Das heißt, um die Profitrate aufrecht zu erhalten, muß entweder der Lohn gesenkt bzw. der Arbeitsdruck erhöht oder der Umfang der Produktion vergrößert werden. Das heißt, der Warenausstoß wird größer, die Konkurrenz wird noch ärger. Rationalisieren! Arbeiter raus! Maschinen rein! Mehr produzieren!

Wovon träumt z.B. ein Konzern-Boß? "Man müßte die Produktionseinrichtungen auf einem großen Supertanker montieren und immer dort vor Anker gehen, wo es gerade am billigsten ist." (Philips-Konzernchef C.J. van der Klugt, *Presse* vom 26.2.1989)

Der anfallende Kapitalüberschuß muß in die Produktion hinein. So wird der Zwang zur Ausfuhr zu einer Lebensfrage für diese Wirtschaft. "EG", "Integra

tion", "Binnenmarkt" - das sind die Sonntagswörter für das, was nun zu geschehen hat.

So sind Konzerne entstanden, die in mehreren Staaten Niederlassungen gegründet haben, um auf den nationalen Märkten ihre Waren loszuschlagen. Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt diese Firmen über die ganze Erdkugel. Man kann das ignorieren. Man kann das kritisieren. Ich hab das nicht erfunden. Man nennt es Kapitalismus.

Darüber, was Kapitalismus ist

Der Staat ist nichts *über* den gesellschaftlichen Klassen eines Landes Stehendes, sondern stets das Administrationsbesteck der bestimmenden Klasse, bei uns der Großunternehmer. Alles, was geschieht, geschieht auf direkte Veranlassung, unter direkter Kontrolle und im direkten Interesse der kleinen Klasse der Kapitalisten. Was uns politische Auseinandersetzung scheint, ist oft nur der Widerstreit der Interessen dieser Großbesitzer.

Der Staat ist notwendig, um die Vorstellungen jener wenigen Eigentümer von Produktionsanlagen und von Kapital gegen die Masse der Bevölkerung durchzusetzen. Wären alle Menschen gleichberechtigt, bräuchte es keinen Staat. Im kapitalistischen Staat ist der Staat das Werkzeug der Kapitalisten. Schade. Wer sich was andres wünscht, ist ein frommer Mann.

Die Konzerne haben die nationalen Beschränkungen durch Tochtergründungen im Ausland umgangen. Jetzt wollen sie die ungehinderte Zusammenarbeit der Konzernteile.

Die "EG" ist nicht - wie es die Legende soll - die Idee eines genialen Staatsmannes, der nach den Erschütterungen des zweiten Weltkrieges nach Auswegen gesonnen hat, sondern die zwingende mittelfristige Organisationsform des europäischen Großkapitals. Der einzige Fluchtweg unter dem Wertungsdrucks des Kapitals.

Das Kapital, das sich zuerst unter dem Schutz der Staatsgrenzen umtun konnte und zunahm an Umfang und Macht, sprengt jetzt diese Grenzen, die zu Fesseln geworden sind. Das soll der Fortschritt sein? Der Grenzen niederreißende und völkerverbindende? Gar friedentiftende? Es ist was es ist: eine Reaktion auf die Bedrängnis, in die es sich selbst gebracht hat.

Wird zuwenig erzeugt?

Die nationalen Märkte in den Hauptindustrielländern sind vollkommen übersättigt. Ein Staubsauger ist nur noch loszuschlagen, wenn einer hingeworden ist. Auf jeden, der ein Auto kaufen will, warten zehntausend Exemplare in hundert Modellen. Das grüne Gewinsel um bitte weniger Wachstum deckt alles zu. Die Wirtschaft muß wachsen, trotz Überproduktion, trotz Bevölkerungsstagnation, das ist ihr Fluch.

Seit es Kapitalismus gibt, menschheitsgeschichtlich eine Episode, ist sein Problem der Absatz der erzeugten Waren. Die vielgelobte freie Konkurrenz treibt zur Ergatterung der billigsten Rohstoffe und der billigsten Arbeitskräfte und zur Besetzung von Absatzgebieten. Um dies zu sichern, wurden ganze Erdteile kolonisiert und wurden allein in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege ausgebrochen. Die Mittel, die Absatzkrise zu bewältigen, wechseln mitunter, das Motiv bleibt immer das selbe, welche Wörter dafür auch gebraucht werden mögen.

Das ist nichts Erfundenes, sondern nur das Beobachtete.

Der Kampf um Absatzmärkte jagt die großen Konzerne in immer höllischerem Tempo rund um die Welt. So hat sich das Kapital, das hier nicht mehr genügend Spielraum für rentable Betätigung findet, in den letzten Jahrzehnten auf die weißen Flecken in den Hungerländern gestürzt. Aber auch diese afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Länder haben das Problem der Industrieländer nicht lösen können. Völker, denen der Hals abgeschnürt wird, können halt nicht nach Waren rufen.

Davon, wer den "Binnenmarkt" erfunden hat

In diese sich zuspitzende Situation hinein, in der es auch auf dem kleinsten Markt der Welt mit den USA, Japan und der "EG" mindestens drei Wirtschaftsgebilde gibt, die einander jedes Geschäft abjagen, legen nun die großen Konzerne in der "EG" ein Konzept vor, das ihnen einen Vorsprung sichern soll.

1983 gründete eine Gruppe von Vertretern europäischer Aktiengesellschaften sozusagen eine Tafelrunde der europäischen Industriellen, den >Roundtable of European Industrialists<. "Erklärtes Ziel der Industrieritter: Europas Politiker, die sich angesichts der Rezession wieder hinter nationalen Grenzen verschanzen wollten, zur europäischen Integration zu zwingen." (*Wirtschaftswoche*, 29.1.1988) Beteiligte Konzerne u.a.: Siemens, Philips, Daimler-Benz, Thyssen, Fiat, Nestle, Unilever, Shell, Volvo, ICI, Olivetti. Im Jahr 1984 erscheint eine Schrift dieser Monopole unter dem Titel >Ein weltoffenes Europa<. Es muß, heißt es darin, "den Besten der Europäischen Gemeinschaft der Zugang zum gesamten gemeinsamen Markt ganz eindeutig eröffnet werden, und sie dürfen nicht dadurch behindert werden, daß dieser Markt für ein >überholtes< Angebot von Firmen reserviert werden muß, die nur durch die eine oder andere Form öffentlicher Unterstützung weiterleben". "Die energischsten Befürworter", liest man im Leitartikel einer deutschen Wochenzeitung, "sind heute unter den Wirtschaftlern zu finden. Nicht in der Öffentlichkeit, sondern in den Zentralen der Euro-Multis zündete die Idee vom Binnenmarkt zuerst." (*Die Zeit*, 30.9.1988) So ist es kein Zufall, daß sich das Weißbuch für den Binnenmarkt von Jacques Delors, dem Kommissionspräsidenten der "EG", über weite Strecken ähnlich liest wie der vom Philips-Boß Wisse Dekker unter dem Titel >Europa 1990< 1985 in Eindhoven vorgelegte

Entwurf. Dr. Walter Grünsteidl, der Leiter des Philips-Verbindungsbüros zur "EG" in Brüssel, streicht hervor: "Wir sind ziemlich stolz darauf, daß der sogenannte >Plan Dekker<, der 1985 herauskam, auf die Europäische Kommission bei der Formulierung des Weißbuchs sehr stimulierend gewirkt hat. Im Jänner 1985 haben wir einen Stufenplan auf bestimmten Prioritätsgebieten in Brüssel vorgelegt. Das gab den Anstoß, um zu sagen, man könnte den Binnenmarkt in Form eines Projektes mit Prioritäten realisieren." (*Presse*, 5.8.1988) Wie auch zu erfahren ist, hat im selben Jahr diese Industriellen-Tafelrunde "mit Umberto Agnelli (Fiat) an der Spitze Außenminister Tindemans als Rats- und Delors als Kommissionspräsidenten aufgesucht. Um eine >alarmierende Entwicklung zu verhindern< forderten sie schnelle Fortschritte bei der Vollendung des Binnenmarktes." Usw. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.6.1987) "Der elitäre round table", weiß die *Zeit* (10.2.1989), "kümmert sich weniger um die laufende Beschlußfassung in Brüssel als um die großen Linien und ist einer der bevorzugten Gesprächspartner Jacques Delors'.

Es ist genau jene gesellschaftliche Klasse, die in der Vergangenheit den Nationalismus gepredigt (und unter diesem Titel Kriege zur Verteidigung ihres Besitzstandes und zu dessen Vermehrung angerichtet) hat, in Deutschland, in Frankreich, in Italien, in Großbritannien, die jetzt die Überwindung des Nationalismus fordert. Im selben Atemzug, in dem sie die Niederreißung der staatlichen Grenzen diktiert, verlangt sie Schutz durch den "EG"-Staat. Sie wird auch diesen auf den Müllhaufen der Geschichte werfen, sobald seine Mauern sie mehr einschränken als behüten.

Wie sie sich zu retten suchen

Die Konzentration auf die "EG" hat auch zu tun mit den bescheidenen Aussichten der westeuropäischen Großunternehmen in der "Dritten Welt" und mit dem inzwischen erfolgten Einbruch der nichteuropäischen Wirtschaft auf den westeuropäischen Märkten. Für den Kampf um die Weltmärkte ist die völlige Beherrschung des Heimmarktes Voraussetzung. Um ihn zu verteidigen, müssen die weißen Flächen besetzt und die Randgebiete befestigt werden. So ist die Einbeziehung Griechenlands, Spaniens und Portugals zu sehen.

Die Industriebosse von ein oder zwei Dutzend europäischen Konzernen, die in Wahrheit die Politik Westeuropas bestimmen, fordern die Zertrümmerung aller Schranken, die ihrer ungehinderten Ausdehnung noch im Wege stehen. Der "Binnenmarkt" ist ihre Basis für die Schlacht um die Weltmärkte. Um dort siegreich zu sein, verlangen die größten deutschen, italienischen, französischen und britischen Konzerne den unbeschränkten Zugang zu Rohstoffen und Vorprodukten in jedem "EG"-Land und ungehinderte Zulassung zu allen Absatzmärkten, freien Zugriff auf Arbeitskräfte in jedem "EG"-Land, freie Wahl des Firmenstandortes und völlig freien Fluß von Gewinnen und Investitionskapital. Hier, im "EG"-Raum, muß den Giganten alles ausgeliefert werden. Aber wieder steht nicht besondere Boshaftigkeit von Konzernmana-

gern oder Großaktionären dahinter, sondern der Wille zu überleben. Hinter diesem Willen muß aber in diesem auf die Spitze getriebenen Wirtschaftssystem, das bei uns herrscht, die Bereitschaft sein zur Ausdehnung, zum rücksichtslosen Kampf gegen alles und jedes, was ihr entgegensteht. Heute sind es Millionen Kleinbetriebe in Westeuropa, morgen ähnliche Giganten in



Faschismus ist auch nur eine Erscheinungsform des Kapitalismus: "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" - Eine Publikation von Fachvorträgen aus dem Jahre 1943

Japan und den USA. Man könnte die Augen fest zudrücken, aber helfen tuts nicht. Es ist, wie es ist.

Um sich für den Kampf um die Aufteilung der Weltmärkte zu rüsten, der ein Krieg sein wird, muß die Position in Europa gefestigt werden, müssen die gefährlichen Leerräume ausgefüllt werden, müssen Griechenland, Spanien, Portugal besetzt werden. Hier muß den außereuropäischen Wirtschaftskolossen das Eindringen verwehrt werden, hier muß der Spielraum für Entfaltung genutzt werden. Die Frau Staatsministerin im Auswärtigen Amt der BRD: "Die deutsche Industrie ist aufgerufen, die großen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen, die sich aus den verstärkten Ressourcen dieser Regionen ergeben." (*Handelsblatt*, 25.3.1988)

"EG" heißt, ob man es will oder (wie die meisten) nicht, systematische Ausrottung der kleinen und mittelständischen Wirtschaft. Wer etwas anderes sagt, meint es gut mit uns und lügt uns an.

Die Politik der "EG"-Konzerne entspricht z.T. natürlich kurzfristig auch kleineren Unternehmen trotzdem sie auf deren Aufgefressenwerden hinausläuft. Die freie Marktwirtschaft war für den Handwerker auch einmal eine passable Voraussetzung, trotzdem wurde er weggeputzt.

Krise

Durch die Aufzwingung des "Binnenmarktes" soll die Leistungsfähigkeit der europäischen Betriebe, sagen sie, erhöht werden. Ja, aber, sagen wir, die europäischen Betriebe erzeugen ja jetzt schon gigantische Überschüsse.

Was ist *das* Problem in Europa? Der Mangel an Rohstoffen? Der Mangel an Energie? Der Mangel an Kapital? Der Mangel an Arbeitskräften?

Nein. Das Problem ist die Überproduktion. Bei Fleisch und bei Milch, bei Strom und bei Stahl, bei Unterhosen und bei Einwegrasierern. Die Märkte in der "EG" sind total verstopft.

Die europäischen Volkswirtschaften sind einander sehr ähnlich. Sie ergänzen einander wenig, konkurrieren aber einander stark (Autos, Autos, Autos, Wein, Wein, Wein, Stahl, Stahl, Stahl).

Einen Mangel gibt es an Abnehmern, nicht an Waren. Ein Überangebot an Arbeitskräften. Zu viele Hemden, zu viele Hühner, zu viele Geschirrspüler. Zu viele Menschen, die ihre Arbeit anbieten. (Hier beißt sich der Kapitalismus selber in den Sack: als Konsumenten bräuchte man die Menschen in Westeuropa, als Arbeitskräfte sind sie zu Millionen und Abermillionen, zu 17-Millionen, überflüssig. Damit aber verlieren sie auch an Bedeutung als Käufer der Waren.)

Jedes Wirtschaftswachstum des einen Landes geht auf Kosten des Wirtschaftswachstums des anderen. Wenn dieses Land mehr produziert und verkauft, wird jenes weniger verkaufen können. Wenn hier Arbeitsplätze geschaffen werden (Portugal z.B.), werden sie dort (BRD z.B.) vernichtet.

Die Märkte in der "EG" sind total verstopft. Das ist das Problem. Das ist der Motor zur Weltmacht "EG". Märkte müssen freigekämpft werden. Krieg ist ja

nicht ein Spektakel für Blutrünstige, sondern ist dazu da, seinen Zweck zu erfüllen. Solange es ohne Krieg geht, geht es ohne Krieg.

Was also ist unter den heutigen Verhältnissen der Freihandel? Die Freiheit des Kapitals. Wenn die paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen sind, so ist lediglich seine Tätigkeit völlig entfesselt.

Nach dem "Binnenmarkt"-Konzept soll nur, was immer schon geschieht in diesem von der Wirtschaft beherrschten Zeitalter, die Enteignung der kleinen Gewerbetreibenden durch die Industrie und die Enteignung der kleinen Händler durch die Handelsmonopole, beschleunigt werden.

Wer diktiert?

Alle zukunftsbesitzenden Firmenkomplexe des "EG"-Raums haben Büros in Brüssel. Nicht, um von der "EG"-Administration zu hören, was sie plant, sondern um ihr zu sagen, was sie zu administrieren hat. Man spricht davon, daß 1200 Abgesandte der Industriegiganten in Brüssel arbeiten. Die UNICE, die "Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas" hat in die Nähe des "EG"-Sitzes einen sechsstöckigen Neubau hingeklotzt. Von ihr "werden Effekte produziert, von denen so manche Interessensvertretung im >Lobby-Paradies< Washington nur träumen kann" (*Presse*, 7.8.1987).

Die "EG"-Kommission hat umgehend und untertänigst den Plan der Aktiengesellschaften Philips, Thyssen, Fiat, Siemens usw. zu einem Weißbuch (1985) und schließlich zum Gesetzeswerk >Einheitliche Europäische Akte< (1986) verarbeitet. Den von den nationalen Regierungen, die selbst einer "EG"-offiziellen Zeitung zufolge "unter dem Druck der Interessen der Geschäftswelt standen" (*Europa-Archiv* 18/1987) entsandten Kommissionsmitgliedern oblag die juristische Verpackung und die Vertretung der Maßnahmen in der Öffentlichkeit. Der Super-Staat "EG" ist (wie schon seine Vorstufen - die großen europäischen Industriestaaten - aber auf noch direktere Weise) der Organisator, das Management, der Apparat der mächtigsten Produktionsbetriebe. Der "EG"-Staat mit der Hauptstadt Brüssel muß diese keineswegs im Interesse der westeuropäischen Völker liegende Politik der Konzerne gegen eben diese Völker durchsetzen.

Nach außen hin ist dieser Staat, in dem sich das westeuropäische Großkapital organisiert, der politische Ausdruck der geballten wirtschaftlichen Macht. Daß er sich eine dieser geballten wirtschaftlichen Macht entsprechende Streitmacht schaffen wird, dem haftet kein Zweifel an.

Notwendig ist dieser "EG"-Staat, an dem hier gebaut wird, auch der eigenen Bevölkerung gegenüber, als Herrschaftsmaschine der gesamthaft gesehen winzig kleinen Schicht der Eigentümer der großen Produktionsbetriebe. Der Kapitalismus ist die extremste Form des menschlichen Zusammenlebens. Er basiert auf der Ausbeutung von Menschen durch Menschen, und der kapita-

istische Staat ist dazu da, diese Verhältnisse, die ohne ihn nicht aufrecht zu erhalten wären, aufrechtzuerhalten bzw. noch zu verschärfen. (So gibt es in dieser Hinsicht auch nichts Vordringlicheres für die Innenminister der westeuropäischen Staaten als eine grenzübergreifende polizeiliche Zusammenarbeit aufzubauen. Der Bundeskanzler der BRD hat bereits die Aufstellung einer Polizeiarmerie für die "EG" gefordert. Eine Polizei zur Verteidigung der bestehenden Verhältnisse wird stehen noch bevor der "EG"-Staat stehen wird.)

Die "EG"-Administration hat den ihnen angeordneten Vollzug des "Binnenmarktes" in 296 Einzelschritten festgesetzt und ist dabei, diese unbeschadet der gewählten Parlamente in den "EG"-Ländern durchzukämpfen.

Diese rein ausführenden Organe von Brüssel sind angestellt worden, den Willen der Industrie zu exekutieren und sind auch noch angestellt, diese Tatsache zu verschleiern.

Was zu passieren hat, hat hinter einem dichten Nebel aus wohlklingenden Wörtern der Marke "dynamische Integration", "gemeinsamer Markt", "europäische Gemeinschaft" zu passieren. Die Einheit, die hier in Wirklichkeit geschaffen wird, das ist die Einheit vom Wolf und den Schafen, die er gefressen hat. Schmusewörter wie "Beitritt" und "Mitgliedschaft" und "Teilnahme" sind erfunden worden und werden ausgestreut, um den Blick auf das, was vorgeht, zu verstellen. Wer diese Sprache verwendet, glaubt andere Leute Rede mehr als seinen eigenen Augen, oder er hat Auftrag, uns in die Irre zu leiten. Für Bundeskanzler und Landeshauptmann ist von letzterem auszugehen. Wenn *wir* diese Worte in den Mund nehmen, dann benutzen *sie uns*. Bei einem Satz, der mit "Die Europäische Gemeinschaft" anfängt, ist es einerlei, wie er fortgeführt wird. Er ist schon in die falsche Richtung losgegangen. Mit nichts weniger als mit "Gemeinschaft" hat die Entwicklung zu tun.

Uns, die wir an der Sache nicht profitieren, in den Worten profitieren zu lassen, die Sache, die gegen uns läuft, in der Sprache für uns laufen zu lassen, das ist die hohe Aufgabe der Hohen Behörde zu Brüssel.

Was nach dem Diktat von zwei oder drei Dutzend Banken und Konzernen in Westeuropa zu geschehen hat, kann nur durch totale propagandistische Entstellung und durch demokratische Verbrämung mittels "Europäische Kommission" und "Europäisches Parlament" abgesichert werden.

Was "EG" heißt

Die Kommission der "EG", die aus siebzehn Spitzenbürokraten besteht, hat dem westeuropäischen Großkapital die Bedingungen für die ungehinderte Entfaltung zu schaffen. Es spricht der "EG"-Wettbewerbskommissar Peter Sutherland: "Wir als EG-Kommission, haben uns darum bemüht, Rationalisierungen voranzutreiben. Die EG benötigt zum Beispiel keine dreizehn Lkw-Hersteller. Deshalb haben wir uns für Kooperationen eingesetzt. Früher war man Großunternehmen gegenüber generell sehr skeptisch. Ich bewerte es als

positiv, wenn eine Fusion Größenvorteile erschließt und zu sinkenden Stückkosten führt." (*Die Zeit*, 22.4.1988)

Hier ist Sutherland in voller Übereinstimmung mit seinen Chefleuten. Von Giovanni Agnelli, dem Eigentümer der Fiat-Werke, deren größtes Problem nicht die Produktion, sondern der Absatz derselben ist, stammt das Wort, "daß es mittelfristig nur noch sechs oder sieben Autoproduzenten in der Welt geben dürfte und Elefanten-Hochzeiten wahrscheinlich seien" (*Wirtschafts-Woche*, 25.3.1988) Herauskommen muß, was sie "Binnenmarkt" heißen: "Eine neue Welle von Firmenkäufen und Großfusionen rollt durch Europa", schreibt die *Wirtschafts-Woche*: "Auf Europas Wildbahnen soll die Jagd freigegeben werden. Sie geht auf kleine Firmen und Riesenkonzerne. Übernahmen und Fusionen sind angesagt, Fressen und Gefressenwerden, Joint-ventures und Kooperationen in Mammutdimension." (25.3.1988) Die zehn größten Konzerne in Deutschland verfügen über flüssige eigene (!) Geldmittel in der Höhe von 440 Milliarden Schilling (*Handelsblatt*, 26.2.1988) und können sich damit jedes Stück kaufen, das ihnen gefällt oder ihnen im Wege steht. In Großbritannien kauften in den beiden vergangenen Jahren Banken, Industrie- und Handelskonzerne Betriebe im Wert von 1200 Milliarden Schilling zusammen. (*Handelsblatt*, 26.2.1988) "Im Februar 1988 wechselten 104 große europäische Firmen den Besitzer nach jeweils 144 Übernahmen im Dezember und Januar davor." (*Süddeutsche Zeitung*, 7.4.1988) "Es sei gleichgültig," wird im selben Artikel die Ansicht eines 'Übernahmespezialisten' wiedergegeben, "ob Unternehmen freiwillig oder durch eine 'feindliche' Übernahme unter Zwang größer würden. Sie müßten wachsen, um international bestehen zu können."

Es nutzt ja nix, die logischen Entwicklungen nicht zur Kenntnis zu nehmen und *Ökologie statt Ökonomie!* auf graues Papier zu schreiben. Den Vertretern der Kapital-Seite, die die Vorgänge klarlegen und damit die Vranitzky und Mock und Partl der Lüge überführen, sollten wir dankbar sein.

Noch über die Frage ob die Kapitalisten untereinander Freunde sind

Erfindungen des menschlichen Geistes und der Fleiß der Arbeiterinnen und Arbeiter haben weltweit Unmengen von Reichtum produziert, der allen fünf Milliarden Bewohnern dieser Erde ein gesichertes Leben frei von Not und Krankheit ermöglichen würde. Nur, die Organisationsform des Zusammenlebens, die kapitalistische, wie sie im politischen Westen und im politischen Osten herrscht, verhindert da wie dort, daß der Mehrheit der Bevölkerung die Frucht ihrer Arbeit auch zugute kommt. Mehr Produktion, mehr Waren, mehr Absatz ist nicht das Bedürfnis der Menschen, sondern die Waffe des kapitalistischen Betriebes gegen seine Feinde, die übrigen kapitalistischen Betriebe.

Die Widersprüche dieses Systems werden je höher es sich entwickelt, desto tiefer. Die Gegensätze in der "EG" etwa in der Frage der Handelsbeziehungen

mit den übrigen Staaten könnten schärfer nicht sein. Die Interessen des mehr national organisierten französischen Kapitals sind mit denen des großen bundesdeutschen Kapitals, das weltweit tätig ist, schlicht unversöhnbar. Die einen, die in Europa für Europa produzieren, wollen die Abschließung gegenüber der außereuropäischen Konkurrenz, die anderen, die auch außerhalb Europas auch für Europa und in Europa auch für außerhalb produzieren, verlangen den freien weltweiten Warenverkehr. Die unüberwindliche Feindschaft der verschiedenen in der "EG" zusammengefaßten Kapitale tritt auch jetzt im Wettlauf um die besten Geschäfte mit der sich darbietenden UdSSR deutlich zutage. Die einzelnen auf wirtschaftliche Ausdehnung drängenden und auf politischen Machtzuwachs Bedacht nehmenden Industriestaaten Westeuropas, die unter dem Titel "Europäische Gemeinschaft" scheinbar so friedlich zusammengefaßt sind, trauen einander, auch verbündeterweise, allesamt nicht über den Weg. Mit Recht. Die Deutsche Bank, die schon wieder die mächtigste Bank Europas ist, fordert die Schaffung einer Europäischen Zentralbank, was von Frankreich als deutscher "Währungsimperialismus" strikt abgelehnt wird. Die BRD, die die "EG" wirtschaftlich klar dominiert, wirft sich bzgl. politischer Einheit der "EG"-Staaten mächtig ins Zeug, während Großbritannien diesen Absichten scharf entgegentritt.

Das Bestimmende im Verhältnis der Kapitalisten untereinander und auch der kapitalistischen Mächte untereinander ist stets die Gegnerschaft und nicht die Einheit. Bündnisse wie die "EG" sind nur eine imperialistische Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition, wie die wechselseitigen Handelskriege zwischen "EG", Japan und den USA zeigen.

Der Hauptfeind eines jeden Volkes steht im eigenen Land. Ist es in diesem Heft um die Einkassierer Österreichs gegangen, geht es im nächsten Heft um die Auslieferer Österreichs.

Von den Österreich-Hassern - vom Minister bis zum Landeshauptmann, vom Industriepräsidenten bis zum Parteichef, vom Banker bis zum Generaldirektor - wird die Rede sein. Davon, daß die österreichische Neutralität in allererster Linie gegen diese Sorte Österreicher verteidigt werden muß. Wie die Tiroler nur vom Transit-Terror zu befreien sind, wenn sie sich von denen befreien, die ihn als "EG"-Eintrittspreis zahlen wollen. Wie die Bauern nur gegen ihre Funktionäre vor dem Schlimmsten zu bewahren sind. Und wie Grund und Boden nur im Kampf gegen die Landeshauptleute den Einheimischen erhalten werden können.

*Noch leben wir! Tot sind wir nachher!
Alle Ansichten, die die Stärke unserer Gegner überschätzen und die Stärke des Volkes unterschätzen, sind falsch.*

Mitteilung gem. § 37 Abs. 1 und 2 Medieng.:

"In den Ausgaben "Foehn", 5. Jahr, Jänner 1988, Heft 10/11 wurden Artikel veröffentlicht, worin folgende, die Antragstellerin, nämlich die Tiroler Wasserkraftwerke AG, betreffende Textstellen enthalten sind:

Im Artikel "Vom europäischen Stromberg" wird auf Seite 30 ausgeführt:

>Die TIWAG will bauen. In ihrem Interesse, im Interesse der ausländischen E-Konzerne, denen sie verpflichtet ist, und im Interesse bundesdeutschen Finanzkapitals. Diese Interessen versucht sie mit handfesten Lügen und mit unverhohlenen Drohungen gegen die hier lebenden Menschen und deren Bedürfnisse durchzusetzen.<

Im gleichen Artikel wird unter Bezug darauf, daß Kleinabnehmer mehr für die gelieferte Kilowattstunde und einen höheren Grundpreis als die Industrie bezahlen, auf Seite 33 ausgeführt:

>Warum das so ist? Z.B. deswegen, weil einer der drei Direktoren der Tiroler Landeselektrizitätsgesellschaft, Helmuth Mayr, Vorstandsmitglied der Vereinigung österreichischer Industrieller ist, z.B. deswegen, weil im Aufsichtsrat der TIWAG der langjährige Landespräsident der Vereinigung österreichischer Industrieller sitzt. Zu all dem soll dem Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft lt. "profil" vom 27. Oktober 1987 in Bälde der Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller, Herbert Krejci, als Präsident vorstehen.<

Im Artikel "Lassen sich das die Tiroler gefallen?" wird unter Hinweis auf eine mögliche Verstrickung der westösterreichischen Stromproduzenten in eine künftige bewaffnete Auseinandersetzung auf Seite 45 ausgeführt:

>Den Strängen aber, die die elektrische Energie von Tirol nach Deutschland abschleppen, ist auf manchen Strecken ein Fernmelde-netz beigegeben, das nicht nur der Regelung des Stromflusses dient. Auf der Haiminger Alm zum Beispiel, östlich des Tschirgant, steht ein dafür viel zu großer und viel zu gut bestückter Sendemasten. Es besteht der dringende und mehrfach geäußerte Verdacht, daß die TIWAG hier Anlagen in Betrieb hält, die die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der NATO in unserem Land und über unser Land hinweg unterstützen. Von diesem Punkt aus ist Westtirol elektronisch zu kontrollieren, können empfangene Radarimpulse verstärkt und an die militärischen Anlagen der NATO z.B. auf der Zugspitze weitergegeben werden. Im bayrischen Grenzland sind unter anderem die US-Fernmeldetruppe 6915. Electronic Switching System, die US-Aufklärungsgruppe Natio-

nal Security Agency Signal Intelligence, die US-Fernmeldetruppe Satellite Communication Terminal und die 66. Army Intelligence Group der USA stationiert.

Dieser rotweißrot angestrichene, also österreichisch getarnte Sendemasten ist ein Symbol dafür, wie weit der Anschluß unserer Heimat an das Ausland schon wieder vollzogen ist.<

Wegen dieser Textstellen im genannten Medium wurde über Antrag der Privatanklägerin vom Landesgericht Innsbruck gegen Markus Wilhelm die Voruntersuchung wegen Verdachtes des Vergehens der Kreditschädigung nach § 152 StGB eingeleitet.

GZ1. 1 St 1034/88

BENACHRICHTIGUNG VON DER ZURÜCKLEGUNG EINER STRAFANZEIGE

An Herrn
Markus WILHELM
.....
in

Sie werden hiemit gemäß § 90 Abs. 2 StPO verständigt,
daß die gegen Sie erstattete Strafanzeige wegen Verdachtes des
Vergehens der Verleumdung durch falsche Veröffentlichung.....
im Druckwerk „Foehn“, Heft Nr. 10/11.....
begangen am 5. Jänner 1988
in zum Nachteil des/der
gemäß § 90 Abs. 1 StPO zurückgelegt wurde.

Staatsanwaltschaft Innsbruck
30. Nov. 1988
am

Die Staatsanwaltschaft Innsbruck hat die von der TIWAG gegen den Herausgeber der Zeitschrift FOEHN erstattete Anzeige wegen des Verdachtes der Verleumdung bereits im November 1988 zurückgelegt.

Geziefen

Alles wird billiger, wenn wir in der EG sind? Die Ausreden der Politiker werden billiger..

In Hinblick auf den EG-Anschluß muß der Herr Minister natürlich sparen. Wo wäre es leichter zu sparen, als bei der Wahrheit?

Über die "Vorteile eines EG-Beitritts" liegen bereits viele Gutachten vor.

Den Bauern gehts durch die Bank schlecht.

Die Bauernbundfunktionäre sind ein Bindeglied zwischen dem Raiffeisenkonzern und den Bauern. Wie der Jagdhund ein Bindeglied zwischen dem Jäger und dem Hasen ist.

Auch die SPÖ betrachtet sich als Partei der Mitte. Nach oben dienen und nach unten treten.

Brenner-Tunnel: Befreiungsgeologie?

Der Bergwald stirbt: Die Regierung führt uns in eine lichtere Zukunft.

Sagt der Prior zu einem brauchbaren Tiroler Schriftsteller. Wenn ich nicht Kulturreferent wäre, würde ich viel mehr Tiroler Literatur lesen. Sagt der Schriftsteller drauf: Wenn Sie nicht Kulturreferent wären, würde ich auch mehr Tiroler Literatur lesen.

Partl ist ein viel versprechender Politiker

Die einzigen Visionen, die in der SPÖ unter Vranitzky noch erlaubt sind, sind die Provisionen.

Die Arbeitslosen nehmen ab? Kein Wunder bei 3.940 Schilling im Monat.

Sagt mir einer, nachdem die Klage der TIWAG gegen den FOEHN publik geworden ist: "Ha! Die TIWAG tuat ja Strom sparn." Ich: "Wie? Wo?" Er: "Ja, amoll im Vorstand hat sie koane großn Leuchtn!"

Peter Santer

Hier spricht die Sprache

"Österreich hat unter unendlichen Leiden (...) das >tausendjährige Reich< (...) überstanden und wird auch die Europäische Gemeinschaft bewältigen."

Min. R. Graf (bei der Eröffnung der Rieder Messe 1988)

"Die Europäische Gemeinschaft stellt für die heimische Wirtschaft die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg dar." (*Wenn man bedenkt, welch große Herausforderung der Zweite Weltkrieg für die Schoeller und Swarovski gewesen ist! M.W.*)
Min. R. Graf (bei der Eröffnung der Innsbrucker Messe 1988)

"Die ÖIAG wird jetzt geführt wie jeder andere ausländische Privatkonzern auch."

Bundeskanzler Franz Vranitzky im >Profil< vom 22.8.1988

"Tausende von Pflanzen wurden an der neuen Inntalautobahn ausgesetzt." (*Die Presse*, 10.11.1988)

"Die Schlagkraft und der Ausbildungsstandard der österreichischen Sicherheitsexekutive haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen."

LH Alois Partl

"Für die Aufgabe der Landesverteidigung bin ich zuständig."
Min. R. Lichal im Club 2 (24.11.1988)

FOEHN-Post

Landtagsabgeordneter. Ihren Beitrag zum Gedenkjahr wollen wir für die Geschichte retten. Als Hitler das KZ von Auschwitz besuchte, erklärte ihm der Lagerleiter stolz: "Mein Führer! Das was wir hier vollbringen, wird uns die Dankbarkeit der Nachwelt sichern." Darauf Hitler: "Davon bin ich überzeugt." Sie haben gezeigt, daß dem nicht so ist, Herr Fiegl. Als im Gasthaus das Gespräch auf den Massenmord an den Juden kam, haben Sie, Herr Abgeordneter zum Tiroler Landtag, protestiert: "Viel zu wenig' hat man umgebracht!"

Mitterer. Als dem Zeitungshumoristen Weigel der Tiroler Adlerorden auf den Steirerrock gesteckt werden mußte, hast du dich anstellen lassen und hast dich dabei nicht sehr geschickt angestellt. Daß du einen, der regelmäßig neben einen Staberl in ein Blatt wie die Kronenzeitung hineingeschrieben hat, zu einem Kraus-Schüler erklärst, daß du dem Reaktionär, den Friedrich Heer einmal als "unseren kleinen österreichischen McCarthy" bezeichnet hat, leider nicht nur bildlich um den Hals fällst, deutet stark darauf hin, daß du nicht mehr weißt wo hinten und vorne ist.

Grüner. Du hast "Deiner Partei" den Rücken gekehrt. Herzlichen Glückwunsch! Da haben doch die Abgeordneten dieser bürgerlichen Sekte den Staatschef der UdSSR, Gorbatschow, allen Ernstes für den Friedens-Nobelpreis 1989 vorgeschlagen. Daß sie damit nachträglich die ausgezeichneten Kriegsverbrecher vom Schlage der Kissinger und der Begin ehren, stört sie nicht. Für die, die es wissen wollen: Warum die KPdSU die Soldaten aus Afghanistan abgezogen hat? Weil sie in der UdSSR gegen die eigene Bevölkerung gebraucht werden angesichts von Glasnost und Perestrojka.

Leserin. Vielen Dank. Das ist sehr interessant. Auf die "TIWAG als Kriegsgewinnlerin" kommen wir aber ohnehin noch zurück.

G.S. Beim Aufruf der deutschen Grünen, Österreich wegen seiner Beteiligung am Donaukraftwerk Nagymaros "als Urlaubsland zu boykottieren", fällt nicht nur Ihnen die 1000-Mark-Sperre ein. Wie Sie haben auch wir keinen österreichischen Grünen gegen diese Kolonialherrntöne protestieren gehört. Haben Sie gewußt, daß lt. Umfrage zwanzig Prozent der Grünen in Österreich den Begriff der österreichischen Nation rundweg ablehnen? So paßt eben eins zum andern.

Stadtrat. Ihr Problem ist, daß der Bürgermeister in Anbetracht des Streits der Stadt Innsbruck mit der TIWAG um das Achenseekraftwerk seinen im Aufsichtsrat der Landeselektrizitätsgesellschaft ergatterten Sitz nicht mit dem des Stadtchefs vereinbaren könne. Unseres ist, wie wir das folgende bezeichnen sollen: Sie waren, zumindest bis 1983 Chef der Österreich-Niederlassung von "The Robbins Company", einer US-Firma, die Bohrmaschinen für den Tunnel- und Schachtbau erzeugt. Geräte dieses Konzerns waren beim Bau des TIWAG-Kraftwerks Sellrain-Silz ebenso in Verwendung wie sie derzeit beim TIWAG-Kraftwerk Heinfels (sondergefertigte 120 Tonnen schwere Stollenfräse) zum Einsatz kommen. (Das zum Zwecke der leichteren Durchsetzbarkeit "Österreichische Tunnelbauweise" getaufte große Baugeschäft - Autobahntunnels, Kraftwerksbauten - wird also mit us-amerikanischem Gerät und zudem vorzugsweise von der deutschen Beton- und Monierbau AG gemacht.) Was, Mr. Steidl, gewesener "Local Manager of The Robbins Company", sagen Sie zu dem von Experten erhobenen Vorwurf, Sie hätten als zuständiger Stadtrat von Innsbruck der TIWAG (bis zur endgültigen Regelung) einen viel zu günstigen Pachtzins für das Achenseekraftwerk eingeräumt?

Transitgegner. Herr Dings erzählt, folgende Geschichte. Als Partl beim bayerischen Ministerpräsidenten gewesen ist, sei er im dessen Büro gesehen worden und zwar unter dessen Schreibtisch drinnen auf allen Vieren. Als er herausgekommen und daraufhin angesprochen worden sei, habe Partl in der ihm eigenen Art gesagt: "Habts nit gsehn, wie beaß i drunter außergschaut hab?"